

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952**

123 (27.5.1952)

# ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.60 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4./53. Jahrgang

Dienstag, den 27. Mai 1952

Nr. 122

## Die vertraglichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten

Der Wortlaut des Deutschlandvertrages - Seine Bestimmungen und sein Wirkungsbereich

Bonn (E.B.). Der am Montag in Bonn unterzeichnete Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten hat folgenden amtlichen Wortlaut:

Die Bundesrepublik Deutschland einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik andererseits haben in der Erwägung,

daß eine friedliche und blühende europäische Völkergemeinschaft, die durch ihr Bekenntnis zu den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen mit den anderen freien Völkern der Welt fest verbunden ist, nur durch vereinte Förderung und Verteidigung der gemeinsamen Freiheit und des gemeinsamen Erbes verwirklicht werden kann,

daß es das gemeinsame Ziel der Unterzeichnerstaaten ist, die Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der Gleichberechtigung in die europäische Gemeinschaft zu integrieren, die selbst in die sich entwickelnde atlantische Gemeinschaft eingefügt ist,

daß die Wiederherstellung eines völlig freien und vereinigten Deutschlands auf friedlichem Wege und die Herbeiführung einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung — mögen auch gegenwärtig außerhalb ihrer Macht liegende Maßnahmen entgegenstehen — ein grundlegendes und gemeinsames Ziel der Unterzeichnerstaaten bleibt,

daß die Aufrechterhaltung des Besatzungs-

status mit den darin vorgesehenen Eingriffsbefugnissen in die eigenen Angelegenheiten der Bundesrepublik mit dem Zweck der Integration der Bundesrepublik in die europäische Gemeinschaft unverträglich ist,

daß die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik (im folgenden als „die drei Mächte“ bezeichnet) daher entschlossen sind, nur die besonderen Rechte aufrecht zu erhalten, deren Beibehaltung im Hinblick auf die Besonderheiten der internationalen Lage Deutschlands im gemeinsamen Interesse der Unterzeichnerstaaten erforderlich ist,

daß die Bundesrepublik auf Freiheit und Verantwortlichkeit gegründete politische Einrichtungen geschaffen hat und entschlossen ist, die in ihrem Grundgesetz verankerte freiheitlich-demokratische und bundesstaatliche Verfassung aufrecht zu erhalten, welche die Menschenrechte gewährleistet,

daß die Bundesrepublik und die drei Mächte sowohl die neuen Beziehungen, die durch diesen Vertrag und seine Zusatzverträge geschaffen werden, als auch die Verträge zur Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft, insbesondere den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und den Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als wesentliche Schritte zur Verwirklichung ihres gemeinsamen Strebens nach einem wiedervereinigten Deutschland anerkennen, das in die europäische Gemeinschaft integriert ist,

zur Festlegung der Grundlagen ihres neuen Verhältnisses den folgenden Vertrag geschlossen:

### Artikel 1: Deutsche Souveränität

1. Die deutsche Bundesrepublik hat volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Vertrages.

2. Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages, und der in Artikel 5 aufgeführten Verträge (in diesem Vertrag als „Zusatzverträge“ bezeichnet) werden die drei Mächte das Besatzungsstatut aufheben und die alliierte Hochkommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare auflösen.

3. Die drei Mächte werden künftig ihre Beziehungen mit der Bundesrepublik durch Botschafter unterhalten, die in Angelegenheiten gemeinsam tätig werden, welche die drei Mächte nach diesem Vertrag und den Zusatzverträgen als sie gemeinsam betreffend ansehen.

### Artikel 2: Sonderrechte der Alliierten

1. Die drei Mächte behalten im Hinblick auf die internationale Lage die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte in Bezug auf (a) die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und den Schutz von deren Sicherheit, (b) Berlin und (c) Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.

2. Die Bundesrepublik wird sich ihrerseits jeder Maßnahme enthalten, welche diese Rechte beeinträchtigt und wird mit den drei Mächten zusammenwirken, um ihnen die Ausübung dieser Rechte zu erleichtern.

### Artikel 3: Deutsche Außenpolitik

1. Die Bundesrepublik wird ihre Politik in Einklang mit den Prinzipien der Satzung der Vereinten Nationen und mit den im Statut des Europa-Rates aufgestellten Zielen halten.

2. Die Bundesrepublik bekräftigt ihre Absicht, sich durch ihre Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, die zur Erreichung der gemeinsamen Ziele der freien Welt beitragen, mit der Gemeinschaft der freien Nationen völlig zu verbinden. Die drei Mächte werden zu gegebener Zeit Anträge der Bundesrepublik unterstützen, die Mitgliedschaft in solchen Organisationen zu erlangen.

3. Bei Verhandlungen mit Staaten, mit denen die Bundesrepublik keine Beziehungen unterhält, werden die drei Mächte die Bundesrepublik in Fragen konsultieren, die deren politische Interessen unmittelbar berühren.

4. Auf Ersuchen der Bundesregierung werden die drei Mächte die erforderlichen Vorkehrungen treffen, die Interessen der Bundesrepublik in ihren Beziehungen zu anderen Staaten und in gewissen internationalen Organisationen oder Konferenzen zu vertreten, soweit die Bundesrepublik dazu nicht selbst in der Lage ist.

### Artikel 4: Militärische Sicherung

1. Die Aufgabe der von den drei Mächten im Bundesgebiet stationierten Streitkräfte wird die Verteidigung der freien Welt sein, zu der die Bundesrepublik und Berlin gehören.

2. In Bezug auf die Stationierung dieser Streitkräfte im Bundesgebiet werden die drei Mächte die Bundesrepublik konsultieren, soweit es die militärische Lage erlaubt. Die Bundesrepublik wird, nach Maßgabe dieses Vertrages und der Zusatzverträge, in vollem Umfang mitwirken, um diesen Streitkräften ihre Aufgabe zu erleichtern.

3. Die drei Mächte werden nur nach vorheriger Einwilligung der Bundesrepublik Truppen eines Staates, der zur Zeit keine Kontingente stellt, als Teil ihrer Streitkräfte im Bundesgebiet stationieren. Jedoch dürfen solche Kontingente im Falle eines Angriffs oder unmittelbar drohenden Angriffs ohne Einwilligung der Bundesrepublik in das Bundesgebiet gebracht werden, dürfen dagegen nach Beseitigung der Gefahr nur mit Einwilligung der Bundesrepublik dort verbleiben.

4. Die Bundesrepublik wird sich an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligen, um zur gemeinsamen Verteidigung der freien Welt beizutragen.

### Artikel 5: Erklärung des Notstandes

1. Die drei Mächte werden bei der Ausübung ihres Rechtes, die Sicherheit der in dem Bundesgebiet stationierten Streitkräfte zu schützen, die Bestimmungen der folgenden Absätze dieses Artikels einhalten.

2. Wenn die Bundesrepublik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft außerstande sind, einer Lage Herr zu werden, die entstanden ist durch einen Angriff auf die Bundesrepublik oder Berlin, durch eine umstürzlerische Störung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, durch eine schwere Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, oder durch den ernstlich drohenden Eintritt eines dieser Ereignisse, und die nach der Auffassung der drei Mächte die Sicherheit ihrer Streitkräfte gefährdet, können die drei Mächte, nachdem sie die Bundesregierung im weitestmöglichen Ausmaß konsultiert haben, in der gesamten Bundesrepublik oder in einem Teil der Bundesrepublik einen Notstand erklären.

3. Nach Erklärung des Notstandes können die drei Mächte diejenigen Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um die Ordnung aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen und die Sicherheit der Streitkräfte zu gewährleisten.

4. Die Erklärung wird ihr Anwendungsgebiet genau bezeichnen. Die Erklärung des Notstandes darf nicht länger aufrecht erhalten werden, als zur Behebung der Notlage erforderlich ist.

5. Während der Dauer eines Notstandes werden die drei Mächte die Bundesregierung im weitestmöglichen Ausmaß konsultieren. Sie werden sich im gleichen Ausmaß der Unterstützung der Bundesregierung und der zuständigen deutschen Behörden bedienen.

6. Heben die drei Mächte die Erklärung des Notstandes nicht innerhalb von 30 Tagen auf, nachdem die Bundesregierung darum ersucht

hat, so kann die Bundesregierung den Rat der Nordatlantikkpakt-Organisation ersuchen, die Lage zu überprüfen und zu erwägen, ob der Notstand beendet werden soll. Gelangt der Rat zu dem Ergebnis, daß die Aufrechterhaltung des Notstandes nicht länger gerechtfertigt ist, so werden die drei Mächte den Normalzustand so schnell wie möglich wieder herstellen.

7. Abgesehen vom Falle eines Notstandes ist jeder Militärbefehlshaber berechtigt, im Falle einer unmittelbaren Bedrohung seiner Streitkräfte die angemessenen Schutzmaßnahmen (einschließlich des Gebrauchs von Waffengewalt) unmittelbar zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Gefahr zu beseitigen.

8. In jeder anderen Hinsicht bestimmt sich der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte nach den Vorschriften des in Artikel 8 genannten Vertrages über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland.

### Artikel 6: Statut für Berlin

1. Die drei Mächte werden die Bundesrepublik hinsichtlich der Ausübung ihrer Rechte in Bezug auf Berlin konsultieren.

2. Die Bundesrepublik ihrerseits wird mit den drei Mächten zusammenwirken, um es ihnen zu erleichtern, ihren Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin zu genügen. Die Bundesrepublik wird ihre Hilfeleistung für den politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau von Berlin fortsetzen.

### Artikel 7: Die Wiedervereinigung

1. Die Bundesrepublik und die drei Mächte sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.

2. Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Bundesrepublik und die drei Mächte zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitliche demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.

Fortsetzung auf Seite 2

## Neue Epoche in der Geschichte Europas

Ein Werk des Friedens und der Zusammenarbeit - Die feierliche Signierung des Deutschlandvertrages

Bonn (UP). „Meine Damen und Herren! Die Herren Außenminister! Mit diesen Worten kündigte der Chef des deutschen Protokolls, Baron Herwarth von Bittenfeld, am Montagvormittag Punkt 10 Uhr den rund 400 Gästen den Beginn der feierlichen Unterzeichnungsszeremonie für die „Konvention von Bonn“ an.

Die Versammlung der Gäste — unter ihnen Mitglieder der an den Vertragsverhandlungen beteiligten Delegationen, Diplomaten, in- und ausländische Pressevertreter und Parlamentarier — erhob sich und spendete lebhaften Beifall, als der Bundeskanzler, gefolgt von Dean Acheson, Robert Schuman und Anthony Eden, den blumengeschmückten Saal betrat und an die Stirnseite des Raumes zu der bereitgehaltenen Reihe roter Sessel schritt.

Der Bundeskanzler nahm neben Finanzminister Schäffer Platz. Außenminister Schuman setzte sich seine große braune Hornbrille auf, erhob sich noch einmal, um mit dem Kanzler noch ein paar Worte zu wechseln. Auf der anderen Seite Dr. Adenauers nahm Staatssekretär Hallstein Platz. Anschließend an den Bundesfinanzminister setzten sich — mit dem Gesicht zum Saalinnern gewandt — Außenminister Acheson, US-Hochkommissar McCloy, der französische Botschafter Hervé Alphand, Außenminister Schuman, Hochkommissar François-Poncet, Botschafter Frank Roberts (Großbritannien), Außenminister Eden und Hochkommissar Kirkpatrick.

Alle Blicke richteten sich auf den gastgebenden Bundeskanzler, als er sich im Licht der Scheinwerfer der Wochenschauen, begleitet von Surren der Kameras und dem Klicken der Fotoverchlüsse erhob, um die hohen Gäste zu begrüßen. Vor der glasverkleideten Längswand des Bundesratssaals zum Garten und zum Rhein hinunter hatten 200 weitere Zuschauer auf einer großen Stahlrohrtribüne Platz gefunden, auf deren Zeltdach zu Beginn der Zeremonie strömender Regen niederging.

Dr. Adenauer richtete an die Anwesenden folgende Worte: „Die Regierung der Bundesrepublik heißt Sie, meine Herren Außenminister, herzlich bei uns willkommen. Nach langer, manchmal mühsamer Arbeit, für die wir allen Beteiligten herzlichen Dank schul-

den, ist dieses Vertragswerk zur Unterschrift herangereift, um dann den Parlamenten und den verschiedenen Ländern eingebracht zu werden zur endgültigen Beschlussfassung. Dieses Werk wird unserem Land, vier Deutschland die Freiheit bringen. Aber man kann dieses Werk nicht seinem ganzen Werte nach würdigen, wenn man es für sich allein betrachtet. Es muß betrachtet werden im Zusammenhang mit dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der in Paris unterzeichnet werden soll. Dieses Gesamtwerk wird Deutschland den Frieden und die Freiheit sichern, und dieses Gesamtwerk wird, davon bin ich überzeugt, auch zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit führen.

Wir Deutschen denken in dieser Stunde besonders herzlich unserer Brüder im Osten. Wir senden ihnen unsere Grüße und wir versichern ihnen, daß wir davon zutiefst überzeugt sind, daß wir auch mit diesem Werk den ersten Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit führen. Das Gesamtwerk begründet eine neue Epoche in der Geschichte Europas, eine Epoche des Friedens und der Zusammenarbeit.“

Im Namen der drei Westalliierten begab sich Außenminister Schuman sodann in die Mitte des Saals und dankte dem Kanzler für seine Worte. Schuman erklärte unter anderem: „Ich bin überzeugt, daß dieses Werk erfolgreich sein wird, wenn wir die nötige Geduld aufbringen, unser Werk zu entwickeln. Wir müssen langsam lernen, wieder Vertrauen zueinander zu haben. Unsere Regierungen und ihre Völker müssen lernen, wieder zusammenzuarbeiten am gleichen Werk, um eine neue Welt zu schaffen, nicht um zu herrschen, sondern um sich gegenseitig zu dienen.“

Punkt 10.23 Uhr setzte der britische Außenminister als erster seine Unterschrift unter das Vertragswerk. Dreimal setzte er seinen Namen unter die Dokumente, die ihm von einem Herrn des Protokolls gereicht wurden. Drei Bände, in blaues Leder gebunden, mit der Aufschrift „Bonn 26. Mai 1952“ wurden den Ministern zur Unterschrift vorgelegt. Als nächster leistete der französische Außenminister seine Unterschriften. Dann folgten Acheson und Adenauer. In nicht mehr als zwei

### Zwei Tage lang keine Tageszeitung

Zeitungsdruckereien müssen streiken — Antwort des Verleger-Verbandes

Düsseldorf (UP). Am 28. und 29. Mai werden nach Mitteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im gesamten Bundesgebiet und Westberlin die Tageszeitungen nicht erscheinen.

Im Rahmen der gewerkschaftlichen Aktionen zur Erreichung eines fortschrittlichen Betriebsverfassungsgesetzes führt die Industriegewerkschaft Druck und Papier vom 27. Mai mittags bis zum 29. Mai mittags eine Arbeitsruhe in allen Zeitungsdruckereien durch. Der beteiligte Personenkreis umfaßt alle mit der Herstellung der Zeitung Beschäftigten, Akzidenz- und Werkdruckabteilungen sollen von der Aktion ausgeschlossen sein. Das gleiche soll für die sonstigen Betriebe des graphischen Gewerbes gelten.

Bei Verlegungsversuchen sollen die Arbeitnehmer die verlangte Arbeit ablehnen. Der Bundesvorstand des DGB und der Zentralvorstand der IG-Druck und Papier weisen ausdrücklich darauf hin, daß von der Aktion sämtliche Tageszeitungen betroffen sind.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger erklärte zu dieser Aktion des DGB, daß die Tagespresse als wesentlichster Träger der öffentlichen Meinungsbildung durch die Maßnahme eines einzelnen Verbandes stillgelegt werde. Der VDZV erblickt mit größter Sorge im Betreten eines solchen Weges den Anfang einer Entwicklung, die in ihrem weiteren Verlauf den Bestand der jungen deutschen Demokratie aufs schärfste gefährden müßte, denn diese Maßnahme stelle die Auserkennung des in Artikel fünf der Verfassung verkörperten Grundrechtes der freien Meinungsäußerung und -verbreitung dar. Darüberhinaus bedeute dieser Streikbeschluß eine durch nichts zu rechtfertigende Schädigung der wirtschaftlichen Belange der bestreikten Verlage und deren Beschäftigten, ferner aller Kreise der Bevölkerung, die am regelmäßigen Erscheinen der Tagespresse direkt oder indirekt interessiert sind. Die Verlagsgesellschaften werden geeignete Maßnahmen erwägen, wie in Zukunft derartige, lediglich im Sinne politischer Demonstrationen geführte Streiks verhindert werden können. Außerdem sei zu prüfen, in welcher Weise der DGB wegen Verfassungsverstoßes zur Verantwortung gezogen werden müsse.

### Erklärung aus Bonn

Zu der Streikverkündung der Gewerkschaft Druck und Papier erklärte ein Sprecher der Bundesregierung, schon die Begründung dieses Schritts lasse erkennen, „daß ihm die rechtliche Grundlage fehlt“. Nach den gegebenen Erklärungen handele es sich nicht um einen Streik zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen in dem Sinne, wie diese immer als Streikgrundlage verstanden worden seien. Aus Regierungskreisen verlautet, daß die Bundesregierung keine Möglichkeit habe, einzuschreiten, da durch den Streik der DGB keine lebenswichtigen Betriebe betroffen würden.

Der australische Ministerpräsident Menzies traf auf dem Luftwege in London ein. Der Premier kommt aus den USA, wo er mit Truman zusammengetroffen war.

Im nördlichen Indochina sind französische Verbände zu einer großen Säuberungsaktion angetreten. In Kambodscha haben Regierungstreitkräfte den größten Teil einer Räuber- und Piratenbande vernichtet.

Minuten war der eigentliche Unterzeichnungsakt vorüber.

Gefolgt von den Außenministern der drei Westmächte begab sich der Bundeskanzler nach der Unterschriftsleistung wieder aus dem mit Gobelins und Blumen geschmückten Saal hinaus.

Die Außenminister vor der Presse

Unmittelbar im Anschluß an die Signierung der Bonner Konvention gaben die vier Außenminister Erklärungen vor Vertretern der in- und ausländischen Presse ab.

Der französische Außenminister Schuman betonte, „auch Frankreich will einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland“. Der Abschluß der vertraglichen Vereinbarungen sei ein Anfang auf dem Wege zu Europa und in der Arbeit für Frieden und Freiheit in der Welt.

Acheson, der amerikanische Außenminister, hob hervor, daß der Deutschland-Vertrag das Besatzungsregime beende. Im Namen des Präsidenten der USA und im Namen des amerikanischen Volkes beglückwünschte er „die Bundesrepublik zu ihrer Rückkehr in die Gemeinschaft der Völker“.

Der britische Außenminister Eden unterstrich, daß es nicht nur Aufgabe der Regierungen sei, das „große Werk“ zu vollenden. Die Völker müßten hinter den Regierungen stehen und für ein vereinigtes Europa und die Sicherung des Friedens eintreten.

Abflug nach Paris

Kurze Zeit darauf begaben sich die Außenminister mit Sonderflugzeugen nach Paris, wo am Dienstag der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft unterzeichnet wird.

Robert Schuman sagte vor seinem Abflug: „Wir verlassen Bonn in der Gewißheit, eine gute Arbeit geleistet zu haben. Wir sind noch nicht am Endpunkt unserer Politik, die wir verfolgen. Sie soll für alle Völker den Frieden bringen und insbesondere Deutschland ermöglichen, ein neues Leben in der Gemeinschaft der Völker zu führen.“

Der britische Außenminister Eden wird am Mittwoch von Paris zu einem dreitägigen Besuch nach Berlin fliegen, wo er im Tiergarten den „Englischen Garten“ eröffnet, dem Schöneberger Rathaus einen Besuch abstatten, mit den Spitzen des Senats und des Abgeordnetenhauses dinieren, sowie den Berliner Einheiten des East Yorkshire Regimentes einen Besuch abstatten wird.

General Ridgway erhielt kurz vor seinem Abflug von New York nach Paris die koreanische Verdienstmedaille der UN.

Der ehemalige italienische Marschall Graziani wurde vom politischen Büro des römischen Polizeipräsidenten wegen „Verherrlichung des Faschismus“ bei der Staatsanwaltschaft angezeigt.

24 Tote gab es in Mexiko bei einem Omnibusunglück. 26 Fahrgäste wurden verletzt. Das überfüllte Fahrzeug hatte sich in einer Kurve überschlagen und ist in eine Schlucht gestürzt.

Zwei Flugzeuge, vermutlich Düsenjäger der US-Luftstreitkräfte, sind über Virginia in der Luft zusammengestoßen und abgestürzt. In den verbrannten Flugzeugwracks wurden die Leichen von vier Personen gefunden.



Bundeskanzler Dr. Adenauer vollzieht seine Unterschrift unter den Deutschlandvertrag

# Überleitung zur Ablösung des Besatzungsstatuts

Abgrenzung der Rechtsbereiche - Wirtschaftliche Verpflichtungen der Bundesrepublik

Bonn (E.B.) Die Ablösung des Besatzungsstatuts erfolgt durch einen Überleitungsvertrag, dessen Inhalt unseren Lesern in großen Zügen bereits bekannt ist. Wir wiederholen daher nur seine grundsätzlichen Gesichtspunkte:

1. Die Bundesrepublik hat das Recht, mit gewissen Ausnahmen über die Aufrechterhaltung der von den Besatzungsmächten erlassenen Vorschriften und Gesetze zu entscheiden.

2. Zusammenarbeit mit den Alliierten während der Besatzungszeit darf nicht als solche bestraft werden, es sei denn, daß sie mit einer nach deutschem Strafrecht strafbaren Handlung verbunden war.

3. Die Besatzungsgerichte werden liquidiert. Ihre zivilrechtlichen Urteile sind rechtskräftig. Für Straftatbestände wird ein „Gemischter Beratender Gnadausschuß“ gebildet.

Dekartellisierung und Entflechtung

1. Die zur Zeit geltenden Besatzungsvorschriften auf dem Gebiet des allgemeinen Kartellrechts sowie das Gesetz Nr. 32 der Alliierten über das reichseigene Filmvermögen treten außer Kraft, sobald entsprechende Bundesgesetze verkündet werden.

2. Das Bundesgesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten bleibt bis zur Errichtung der Nachfolgeinstitute der Großbanken in Kraft. Seine Gläubigerschutz-Vorschriften können zu Ungunsten der Gläubiger nicht abgeändert werden.

3. Die alliierten Gesetze zur Entflechtung des Kohlenbergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie und der IG-Farbenindustrie bleiben bis zur Durchführung der Entflechtung in Kraft.

4. Für Zulassung zu Gewerben und Berufen ist ausschließlich deutsches Recht maßgebend. Gewerbetreibende, die auf Grund bisheriger alliierter Vorschriften ein Gewerbe begonnen haben, werden in ihrem Besitzstand geschützt.

Wiedergutmachung und Reparationen

5. Die Vorschriften über die Rückgabe von Vermögenswerten an Opfer des Nationalsozialismus bleiben in Kraft, bis alle schwebenden Verfahren abgeschlossen sind, werden aber durch deutsche Stellen durchgeführt.

6. Die Bundesrepublik gewährleistet die Zahlung auf Grund aller Urteile gegen das ehemalige Deutsche Reich auf Rückerstattung, auch für das Gebiet von West-Berlin. Geldsummenverbindlichkeiten des früheren Reichs sind im Verhältnis von 10 RM gleich 1 DM zu erfüllen. Die Verpflichtung der Bundesrepublik wird auf insgesamt höchstens 1,5 Milliarden DM begrenzt.

7. Die Durchführung der Rückerstattung von ausländischem Eigentum wird einer deutschen Bundesbehörde übertragen. Für

die Ansprüche einzelner Restitutionsberechtigter sind deutsche Gerichte zuständig.

8. Die endgültige Regelung der Reparationsfrage bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten. Der diesbezügliche Abschnitt enthält außer dem nochmaligen ausdrücklichen Verzicht der Westmächte auf Reparationen aus laufender Produktion Regelungen für das deutsche Auslandsvermögen. Die Bundesrepublik verpflichtet sich gegen die Beschlagnahme des deutschen Auslandsvermögens keine Einwendungen zu erheben. Dafür wird ihr die Möglichkeit zu zweiseitigen Verhandlungen über beschlagnahmtes Eigentum und Liquidationserlöse mit den einzelnen Staaten eröffnet.

9. Die Bundesrepublik übernimmt gewisse Garantien für die Rechtsstellung der heimtösenden Ausländer im Bundesgebiet.

Freie zivile Luftfahrt

10. Die Bundesrepublik übernimmt die volle Verantwortung für den Bereich der zivilen Luftfahrt im Bundesgebiet, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist. Dann kann auch ein deutsches Luftverkehrsunternehmen gegründet werden, und der Besitz von Flugzeugen und die Ausbildung von Piloten und technischen Hilfskräften werden wieder erlaubt sein. Der internationale zivile Luftverkehr in der Bundesrepublik wird durch zweiseitige Verträge geregelt werden, die die Bundesrepublik völlig frei verhandeln kann. Nur der Luftverkehr nach Berlin wird auch weiterhin von den Alliierten betrieben.

USA sollen ihre Märkte öffnen

Van Zeeland plädiert für Integration

Straßburg (UP). Der holländische Außenminister, Stikker, richtete vor der Beratenden Versammlung des Europa-Rates einen Appell an die USA, ihre Märkte für die europäischen Volkswirtschaften zu öffnen. Diese Maßnahme sei eine Frage von Leben und Tod für die westeuropäische Völkergemeinde. Nur gemeinsame Bemühungen Europas und der USA, die bestehende Dolarlücke zu schließen, könnten ernste Schwierigkeiten für die beteiligten Länder verhindern.

Der belgische Außenminister, van Zeeland, plädierte für eine Integration der übernationalen Organisationen — wie Montanunion und Europäische Verteidigungsgemeinschaft — in den Europa-Rat.

Die Beratende Versammlung wählte den französischen Politiker François de Menthon als Nachfolger Paul Henri Spaaks zu ihrem Präsidenten. Zu den Vizepräsidenten gehört wiederum der deutsche Delegierte Heinrich von Brentano.

# Deutscher Finanzbeitrag wird gestaffelt

Anteilung in Stationierungsbeitrag und Aufbauskosten

Bonn (E.B.) Eines der Zusatzabkommen zum Deutschlandvertrag ist das Finanzabkommen, das sich in die sogenannten Stationierungskosten und in die deutschen Aufbauskosten gliedert. Unter Stationierungskosten ist der Teil des Beitrages zu verstehen, der für den Unterhalt der ausländischen Streitkräfte im Gebiet der Bundesrepublik verwendet wird. Die deutschen Aufbauskosten dienen der Aufstellung des deutschen Kontingents der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Mit dem Beginn der Aufstellung der deutschen militärischen Verbände wird der Anteil der deutschen Zahlungen an die Alliierten sinken. Vom 1. November 1952 an werden in den folgenden sechs Monaten von den je 850 Millionen DM Verteidigungsbeitrag monatlich 550 Millionen für die alliierten Stationierungskosten veranschlagt. Ab 1. Mai 1953 verringert sich diese Summe auf 320 Millionen und vom 1. August 1953 an auf 120 Millionen DM. Bis zum Beginn des Anlaufens des deutschen Verteidigungsbeitrages in Höhe von 850 Millionen DM am 1. November 1952 wird die Bundesrepublik monatlich 600 Millionen DM Besatzungskosten zahlen.

Ergänzend dazu wird bestimmt: 1. Über den Stationierungsbeitrag hinaus werden gewisse öffentliche Einrichtungen und Leistungen den Streitkräften unentgeltlich zur Verfügung gestellt (Straßenbenutzung, Feuer-

wehr, Polizei usw.). 2. Für schadenstiftende Handlungen ihrer Mitglieder haften die Streitkräfte nach den Vorschriften des deutschen Rechts. 3. Die zur Deckung des Bedarfs der Streitkräfte bezahlten Preise müssen dem jeweiligen Preis- und Lohnniveau im Bundesgebiet entsprechen. 4. Auf Antrag jeder Signatarmacht können Verhandlungen zu teilweisen Abänderung oder Aufhebung des Abkommens aufgenommen werden.

Der Status der ausländischen Streitkräfte

Stark beschränkte Privilegien — Die Bestimmungen des Truppenvertrags

Bonn (E.B.) Der Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland legt die zukünftige rechtliche Stellung der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Truppen und ihrer Mitglieder innerhalb des deutschen Hoheitsbereichs vertraglich fest.

1. Die Streitkräfte haben bei der Inanspruchnahme der ihnen eingeräumten Rechte auf die deutschen öffentlichen und privaten Interessen Rücksicht zu nehmen.

2. Die Streitkräfte sind als solche von deutschen Abgaben befreit.

3. Die Streitkräfte haben, ohne daß ihrem Bedarf ein allgemeiner Vorrang eingeräumt ist, Ansprüche auf bestimmte Leistungen der deutschen Verwaltung und Wirtschaft.

4. Von der deutschen Strafgerichtsbarkeit sind nur die Mitglieder der Streitkräfte ausgenommen, die der Militärgerichtsbarkeit ihres Staates unterliegen. Auch strafbare Handlungen gegen die Streitkräfte und ihre Mitglieder und ihr Eigentum unterliegen der deutschen Gerichtsbarkeit.

5. Durchsuchungen deutscher Wohnungen durch Behörden der Streitkräfte sind grundsätzlich nicht mehr erlaubt.

6. In allen nichtstrafrechtlichen Angelegenheiten unterliegen die Mitglieder der Streitkräfte uneingeschränkt der deutschen Gerichtsbarkeit.

7. Zum Schutz der alliierten Streitkräfte erlaubt die Bundesrepublik besondere Strafvorschriften über den Verrat in militärischen Angelegenheiten, über Sabotage usw.

8. Den Mitgliedern der Streitkräfte werden Erleichterungen im Grenzverkehr und Befreiung von der Ausländerkontrolle zugestanden. Im Gegensatz zu den Streitkräften selbst unterliegen sie als Einzelpersonen der deutschen Abgabepflicht. Ihr persönlicher Bedarf ist zollfrei.

9. Die drei Westmächte verpflichten sich, die Kosten für ihre in Deutschland stationierten Truppen in einem Rahmen zu halten, der mit ihrer militärischen Leistungsfähigkeit zu vereinbaren ist. Sie müssen diese Mittel sparsam verwenden. Jede der beteiligten Mächte hat einen Haushaltsplan aufzustellen.

## Die vertraglichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten

(Fortsetzung von Seite 1)

3. Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands — vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung — werden die drei Mächte die Rechte, welche der Bundesrepublik auf Grund dieses Vertrages und der Zusatzverträge zustehen, auf ein wiedervereinigtes Deutschland erstrecken und werden ihrerseits einwilligen, daß die Rechte auf Grund der Verträge über die Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft in gleicher Weise erstreckt werden, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber den drei Mächten oder einer von ihnen auf Grund der genannten Verträge übernimmt. Soweit nicht alle Unterzeichnerstaaten ihre gemeinsame Zustimmung erteilen, wird die Bundesrepublik kein Abkommen abschließen noch einer Abmachung beitreten, welche die Rechte der drei Mächte auf Grund der genannten Verträge beeinträchtigt oder die Verpflichtungen der Bundesrepublik auf Grund dieser Verträge mindern würden.

4. Die drei Mächte werden die Bundesrepublik in allen anderen Angelegenheiten konsultieren, welche die Ausübung ihrer Rechte in Bezug auf Deutschland als Ganzes betreffen.

Artikel 8: Drei Zusatzverträge

1. Die Bundesrepublik und die drei Mächte haben die folgenden Zusatzverträge geschlossen, die gleichzeitig mit diesem Vertrag in Kraft treten:

Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland, Finanzvertrag.

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen.

2. Während der im ersten Teil des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vorgesehenen Übergangszeit gelten die in jenem Absatz bezeichneten Befugnisse der drei Mächte als in den Vorbehalt einbezogen, der in Absatz eins des Artikels eins dieses Vertrages ausgesprochen ist.

Artikel 9: Einsetzung des Schiedsgerichts

1. Hiermit wird ein Schiedsgericht errichtet, das gemäß den Bestimmungen der beigefügten Satzung tätig werden wird.

2. Das Schiedsgericht ist ausschließlich zuständig für alle Streitigkeiten, die sich zwischen der Bundesrepublik und den drei Mächten aus den Bestimmungen dieses Vertrages, der Satzung des Schiedsgerichts oder eines der Zusatzverträge ergeben, und welche die Parteien nicht durch Verhandlungen beizulegen vermögen, soweit sich nicht aus Absatz 3 dieses Artikels, der Satzung des Schiedsgerichts oder den Zusatzverträgen etwas anderes ergibt.

3. Streitigkeiten, welche die in Artikel 3 angeführten Rechte der drei Mächte oder Maßnahmen auf Grund dieser Rechte oder die Bestimmungen der Absätze 1 bis 7 des Artikels 5 betreffen, unterliegen nicht der Gerichtsbarkeit des Schiedsgerichts oder eines anderen Gerichts.

Artikel 10: Die Revisionsklausel

Die Bundesrepublik und die drei Mächte werden die Bestimmungen dieses Vertrages und der Zusatzverträge überprüfen:

1. Auf Ersuchen eines der Unterzeichnerstaaten im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands oder der Bildung einer europäischen Föderation,

2. Oder bei Eintritt irgendeines anderen Ereignisses, das nach Auffassung aller Unterzeichnerstaaten von ähnlich grundlegendem Charakter ist.

Hierauf werden sie in gegenseitigem Einvernehmen diesen Vertrag und die Zusatzverträge in dem Umfang ändern, der durch die grundlegende Änderung der Lage erforderlich oder ratsam geworden ist.

Artikel 11: Inkrafttreten der Verträge

1. Dieser Vertrag und die Zusatzverträge sind von den Unterzeichnerstaaten in Übereinstimmung mit ihren verfassungsmäßigen Verfahren zu ratifizieren oder zu genehmigen. Die Ratifikationsurkunden sind von den Unterzeichnerstaaten bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu hinterlegen.

2. Dieser Vertrag tritt unmittelbar in Kraft, sobald (a) alle Unterzeichnerstaaten die Ratifikationsurkunden dieses Vertrages und der in Artikel 8 angeführten Verträge hinterlegt haben, und (b) der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Kraft tritt.

3. Dieser Vertrag und die Zusatzverträge werden in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt, diese wird jedem Unterzeichnerstaat beglaubigte Ausfertigungen übermitteln und jeden Unterzeichnerstaat vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages und der Zusatzverträge in Kenntnis setzen.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichner von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen zu Bonn am sechszwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

- Für die Bundesrepublik Deutschland: Adenauer
- Für die Vereinigten Staaten von Amerika: Acheson
- Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland: Eden
- Für die Französische Republik: Schuman

Bei den italienischen Gemeindevahlen hat nach den bisher vorliegenden Ergebnissen die Christlich-Demokratische Partei ihre Position behaupten können. Die Kommunisten erlitten Verluste, die Neofaschisten erzielten dagegen beträchtliche Erfolge.

Der österreichische Bundeskanzler Figl wurde im Hauptquartier der UN von Generalsekretär Trygve Løe empfangen.

**Verschärfte Kontrolle der Zonengrenze**  
Die Reaktion in Pankow — Heftige Drohungen aus dem Osten

Berlin (UP). Die Regierung der Ostzone hat ihren „Staatsicherheitsdienst“ zur verschärften Bewachung der Zonengrenze angewiesen, um „ein weiteres Eindringen von Divergant, Spionen, Terroristen und Schläglern in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern.“

In der Verordnung, die als erste Reaktion Pankows auf die Unterzeichnung der Bonner Konvention angesehen werden muß, heißt es weiter: „Alle zur Durchführung dieser Maßnahmen getroffenen Anordnungen, Bestimmungen und Anweisungen sind unter dem Gesichtspunkt zu erlassen, daß sie bei einer Verstärkung der Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sofort aufgehoben werden können.“

Schon wenige Stunden nach der Unterzeichnung der Verträge hatte der Leiter des Informationsamtes der Ostzonen-Regierung, Gerhart Eisler, auf einer Kundgebung in Ost-Berlin Reaktionen gegen Westberlin und „Schutzmaßnahmen“ gegenüber der Bundesrepublik angekündigt. Eisler rief aus: „Heute können sie (die Bundesregierung) noch lachen. Morgen werden sie weinen, wenn der Generalkriegsvertrag in ihr eigenes Gesicht hinein explodiert.“

Eisler betonte, die Ostzone könne es nicht zulassen, daß Westberlin zum Zentrum der „amerikanischen Organisations des Krieges“ ausgebaut werde. Die Maßnahmen Pankows würden für die Bevölkerung Westberlins „schwere wirtschaftliche und soziale Folgen haben“ und ihnen „Schwierigkeiten“ bereiten. Auch in den Gebieten der Zonengrenze werde „der eine oder andere Schwierigkeiten und Ungelegenheiten“ in Kauf nehmen müssen, damit sich die Ostzone vor „Spionen, Agenten und Schmutzgeiern“ schützen könne. Pankow könne nicht mit „gefalteten Händen“ zusehen und werde nicht dulden, daß Westberlin zur „Operationsbasis der Imperialisten“ ausgebaut werde.

Der Informationschef der Sowjetzonen-Regierung warf den Westberlinern vor, den „Kampf gegen den Generalvertrag nicht intensiv genug geführt zu haben“. Jetzt gelte es, mit allen Kräften die Ratifizierung zu verhindern. Eisler drohte: „Gnade Gott jedem Abgeordneten in Bonn, der die Hand für den Generalkriegsvertrag zu heben wagt.“ Die Bestrebungen zur Wiedervereinigung Deutschlands müßten fortgesetzt werden, damit eine gesamtdeutsche Regierung einen Friedensvertrag auf der Basis der sowjetischen Vorschläge abschließen könne.

**Kohlenbergwerke besetzt**  
Die Betriebe der Braunschweigischen Kohlenbergwerke (BKB) in der Ostzone, der Tagebau Victoria bei Hötensleben, das Kraftwerk Harbke und die Briquetfabrik Bismarck in Völpke wurden am Montag früh von etwa 60 Mann starken Aufgeboten der Volkspolizei besetzt, die für die wichtigsten Arbeitsplätze in den Betrieben handwerkliche Fachleute und Geräteführer mitgebracht hatten. Die Angestellten der BKB wurden von ihren Arbeitsplätzen vertrieben. Daraufhin wurde die Zonengrenze, die mitten durch die Betriebe der Braunschweigischen Kohlenbergwerke geht, von starken Kontingenten der Volkspolizei besetzt und abgeriegelt. Fast zehntausend Arbeiter aus Westdeutschland haben durch die Grenzsperrungen ihre Arbeitsplätze in der Ostzone verloren.

**Wenig Hoffnung auf Vierer-Konferenz**  
Keine baldige Antwort der Westmächte auf die Sowjetnote

Paris (UP). In den Hauptstädten der westlichen Welt wird die Meinung vertreten, daß die Westmächte den sowjetischen Vorschlag, unverzüglich eine Vierer-Konferenz über Deutschland abzuhalten, ablehnen werden, weil der Kreml in seiner neuesten Note an seinen bereits früher gestellten Bedingungen festhält. Nach Ansicht diplomatischer Kreise in Paris würde die Chance eines Treffens der Großen Vier jetzt noch geringer, nachdem die Sowjets auf die westlichen Vorschläge zu freien Wahlen in ganz Deutschland in ihrer Note überhaupt nicht eingegangen. Ein maßgeblicher Vertreter der US-Botschaft in Paris meinte: „Die sowjetische Note bringt uns (die Westmächte) gerade in dieser schwierigen Phase der alliierten Verhandlungen nur näher zusammen.“

Von hoher amerikanischer Seite in Bonn wurde die neue sowjetische Deutschlandnote „schwach und überraschend“ genannt und hinzugefügt: „Die Russen haben uns da ganz schön geohlet“. Die Russen hätten eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die von vielen Leuten nicht besonders gern gesehen werden. Das Verlangen nach einer Rückkehr zu Potsdam und den Folgen einer neuen Viermächtekontrolle über Deutschland werde wenige Anhänger in Deutschland finden. Eine baldige Antwort auf diese Note sei nicht zu erwarten. Zunächst würden auf diplomatischem Wege zwischen den Westmächten darüber Beratungen stattfinden.

Französische Sprecher wenden sich vor allem gegen das von Moskau heftig vertretene „Recht“ eines geeinten Deutschland, eine nationale Wehrmacht zu unterhalten. Dies sei für Frankreich „absolut unannehmbar“. Diese sowjetische Forderung helfe nur, die französischen Bedenken gegenüber dem Projekt der Europa-Armee zu mindern. Die sowjetische Forderung, weder dem Generalvertrag noch dem Vertrag über die Europa-Armee Gültigkeit für eine gesamtdeutsche Regierung zuzusprechen, stärke nur die französische Furcht vor einem Deutschland, das nicht mehr unter Kontrolle steht.

Alle drei Westmächte halten, nach den bisherigen Verlautbarungen zu schließen, die Überwachung „freier Wahlen“ in Deutschland durch die vier Besatzungsmächte, an der Moskau festhält, für „völlig unannehmbar“.

**NATO-Rat billigt gegenseitige Garantien**

Außerdem eine Erklärung der drei Westmächte - Amerikanisch-französische Sonderkonferenz

Paris (UP). Der Ständige Rat des Atlantikpakts billigte ein Protokoll, in dem gegenseitige Garantien zwischen der NATO-Organisation und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorgesehen sind. Das Protokoll soll am Dienstag unterzeichnet werden. Es erfüllt die Bedingungen, die auf den Konferenzen des NATO-Rates in Brüssel und Lissabon festgelegt wurden, um eine „Wiedererweckung des deutschen Militarismus“ zu verhindern.

Die drei Westmächte werden außerdem nach der Unterzeichnung des Armeepaktes in Paris eine von ihren Außenministern in Bonn vereinbarte Erklärung abgeben, die folgende drei Hauptpunkte enthält:  
1. Die USA sind bereit, die vom US-Kongreß gebilligte Politik, Truppen in Europa zu stationieren, solange wie notwendig fortzusetzen.

2. Die drei Westmächte versprechen, weiterhin eine Garnison in Berlin zu unterhalten und dadurch die Freiheit der Stadt zu garantieren, gleichgültig, ob und durch welche Gegenaktionen die Sowjetunion auf die Unterzeichnung der Bonner Konvention und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft reagiert.

3. Die drei Westmächte werden alle Versuche, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu schwächen oder zu erschüttern, als Gefährdung ihrer gemeinsamen Sicherheit ansehen und gemeinschaftlich über Gegenmaßnahmen beraten.

Hiesige amerikanische Kreise wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß dies nicht eine „formelle Garantieerklärung“ der

USA bedeute, denn die Abgabe einer solchen Garantie sei dem Kongreß vorbehalten. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums versicherte jedoch, die Drei-Mächte-Erklärung „entspricht dem Geist der Bedingungen, welche die französische Nationalversammlung an den Abschluß des Europa-Armeevertrags knüpfte“.

**Weitere Protokolle**  
Neben dem für 50 Jahre geltenden Vertrag über die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, der Frankreich, die Bundesrepublik, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg angeht, wird in Paris von den Außenministern der genannten Staaten auch ein Militärprotokoll unterzeichnet, das einheitliche Uniformen, einheitliche Besoldung und gemeinsame Leitung der Europa-Armee vorsieht. Ein dazugehöriges Finanzprotokoll projektiert nach Ablauf einer Interimsperiode die Aufstellung eines gemeinsamen Verteidigungsbudgets.

Zur Signierung gelangt schließlich ein Protokoll über die Bindung der Europa-Armee an die Atlantikpakt-Organisation, das genau festlegt, unter welchen Voraussetzungen gemeinsame Sitzungen der beiden Räte stattfinden werden. Auf diese Weise wird die Bundesrepublik indirekt an der NATO beteiligt.

Der französische Außenminister Schuman wird am Mittwochnachmittag mit US-Außenminister Acheson zusammentreffen, um „gemeinsam interessierende Probleme“ zu besprechen. Dabei wird es sich im wesentlichen um die US-Hilfe für den Krieg in Indochina, die französische Politik in Nordafrika und die US-Lieferungen an Frankreich handeln.

**Verstärkte Aktivität des DGB**  
Wasserwerfer gegen Demonstranten in München und Nürnberg

München (UP). Die innenpolitische Hochspannung, die den Beginn dieser Woche kennzeichnet, wurde durch weitere große Aktionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Mitbestimmungsrecht verstärkt. In München versammelten sich mehr als 100 000 Arbeitnehmer zu einer Protestversammlung gegen das Betriebsverfassungsgesetz, die als die größte Massenkundgebung seit Kriegsende bezeichnet wird. Der DGB kündigte für die nächsten Tage weitere Festveranstaltungen an. Zu dem angekündigten 48stündigen Streik der Gewerkschaft „Druck und Papier“ meinte das SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine: „Das ist ein Warnschuß, aber nicht der letzte“.

Auf der Münchener Massenkundgebung wurden Transparente mit Parolen gegen den Generalvertrag gezeigt, so u. a. mit dem Inhalt der Erklärung Schumachers: „Wir diesem Generalvertrag zustimmen, heißt auf ein Deutschland zu sein.“ Der Vorsitzende des Landesbezirks Bayern im DGB, Lorenz Hagen, bezeichnete den Vorwurf des Bundeskanzlers, der DGB verfolge mit derartigen Massenveranstaltungen politische Ziele, als „ungeheuerlich“. Er griff ferner Bundeswirtschaftsminister Erhard scharf an, weil er die Unternehmer zum Kampf gegen die Gewerkschaften aufgefordert hätte.

Nach der Kundgebung ging eine Hundertschaft der Münchener Polizei mit einem Wasserwerfer gegen einen Demonstrationszug vor. Eine Gruppe von Demonstranten trug ein Holzkreuz vor sich her, auf dem ein amerikanischer Stahlhelm mit dem Dollarzeichen hing, und ein Transparent mit der Aufschrift: „US-Adenauer, dafür sollen wir kämpfen und fallen“. Polizisten trieben die Menschenmasse mit Kolbenschlägen auf die Bürgersteige und forderten sie auf, den Platz zu verlassen. Erst als der neue Wasserwerfer in Aktion trat, konnte die Menge zerstreut werden. Einige Personen wurden verhaftet.

Auch bei der DGB-Kundgebung in Nürnberg kam es nach dem Massenprotest von ca. 50 000 Menschen zu Tumulten, die mit Wasserwerfern bekämpft wurden. Der Aufmarsch der Massen aus ganz Nordbayern war diszipliniert verlaufen. Das ca. 300 Mann starke Polizeiaufgebot hatte nach Abschluß der Massendemonstration einige mitgeführte schwarze Grabkreuze mit Stahlhelmen sowie Transparente eingezogen und drei der Träger verhaftet. Den Verhafteten war eine große Menge der Demonstranten bis vor die Rathausstür nachgezogen. Dort kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen die Menge versuchte, die Rathausstür einzudrücken. Einige MP-Streifenwagen fuhren vorbei, griffen aber nicht ein. Als alle Warnungen erfolglos blieben, setzte die Nürnberger Polizei den Wasserwerfer ein, der die Demonstranten in die Flucht trieb.

**Amnestie für Deutsche abgelehnt**

Bern (UP). Der schweizerische Bundesrat lehnte ein Gesuch des Landesheimkehrerverbandes von Lippe um eine Amnestie für deutsche Wehrmachtangehörige, die im Augenblick in schweizerischen Gefängnissen Strafen verbüßen, ab. Der Bundesrat begründete seine Entscheidung mit der Feststellung, daß alle in Frage kommenden deutschen Wehrmachtangehörigen wegen besonders schwerer Spionagevergehen verurteilt worden seien. Insgesamt handelt es sich um etwa 10 Deutsche, die noch heute in schweizerischen Gefängnissen gehalten werden.

**Königin-Witwe Mary feiert Geburtstag**

London (UP). Prinz Charles, der dreijährige englische Thronfolger und seine zweijährige Schwester Anne überreichten im Marlborough House Queen Mary, ihrer Urgroßmutter, Blumensträuße zu ihrem 85. Geburtstag. Vom Hyde-Park und vom Tower aus wurden Salutsschüsse über die britische Hauptstadt zu Ehren der Königinwitwe abgefeuert und zahlreiche Londoner hatten sich in herrlichem Frühlingswetter eingefunden, um ihre Geburtstagswünsche darzubringen. Da die Hoftrauer um den verstorbenen König Georg

VI. erst mit dem 31. Mai zu Ende geht, fand im Buckingham Palast keine besondere Familienfeierlichkeit statt. In Schwarz gekleidet nahm die Königinwitwe Gratulationen in ihrer Wohnung entgegen. Der Herzog von Windsor trifft erst am Dienstag an Bord der „Queen Elizabeth“ in Southampton ein und muß seine Glückwünsche verspätet überbringen. In Begleitung des Herzogs befindet sich seine Frau. Sie wird jedoch nicht von Queen Mary empfangen werden. Die Königinwitwe hat es von jeher abgelehnt, mit der Frau zusammenzutreffen, um deretwillen ihr Sohn den Thron aufgab.

**„Femegericht“ der Kriegsgefangenen**  
Bilan der letzten Lager-Revolte: 112 Tote

Seoul (UP). Dr. Stephen Gelenger, der Leiter des Gefangenenhospitals im kommunistischen Kriegsgefangenenlager auf der Insel Koje, teilte mit, daß mindestens 112 Gefangene von kommunistischen Femegerichten in Koje zum Tode verurteilt und hingerichtet worden seien. Gelenger meinte, daß es sich bei den meisten der Gerichteten um antikomunistische Gefangene gehandelt habe. Die Femegerichte würden zumeist nachts tagen, so daß die alliierten Bewachungsmannschaften nicht in der Lage seien, einzugreifen. Gelenger gab weiter bekannt, daß bei den blutigen Unruhen in Koje 112 Gefangene getötet worden seien. Davon seien 103 von den alliierten Wachmannschaften erschossen worden.

Im „Compound“ 76 des Lagers Koje haben die Wachmannschaften drei unterirdische Gänge entdeckt, von denen einer unter dem Stacheldraht hindurch ins freie Feld führt. Bisher konnte nicht festgestellt werden, wieviel Gefangene — wenn überhaupt — auf diesem Fluchtweg entkommen sind. Pioniere werden die unterirdischen Gänge sprengen.

**Zu neuen blutigen Zusammenstößen** kam es in Johannesburg, als 12 000 Arbeiter gegen die Verhaftung ihres Gewerkschaftsvorsitzenden protestierten. 56 Personen wurden verletzt.

**Der malayische Terroristenführer Manap Japan**, auf dessen Kopf 300 000 DM ausgesetzt waren; fiel an der Spitze eines Regiments seiner „Befreiungs-Armee“ während eines Gefechtes gegen die Engländer.

**Admiral Carney**, der Befehlshaber der atlantischen Streitkräfte in Südeuropa, ist von einer neuntägigen Inspektionsreise durch die Türkei in sein Hauptquartier in Neapel zurückgekehrt.

**Im britischen Rüstungsprogramm** wird der Herstellung und Erforschung ferngelenkter Raketen-Geschosse erste Priorität zugestanden, wie Versorgungminister Sandys bekanntgab.

**Landesbischof D. Meiser** stattete in seiner Eigenschaft als Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirchen Deutschlands dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler einen Antrittsbesuch ab.

**Die deutsche Wiedergutmachung an Israel** wurde in Jerusalem zwischen dem Unterstaatssekretär im State Department, Byroade, und dem israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion besprochen.

**Das schwedische Königspaar** traf zu einem Staatsbesuch in Finnland ein. König Gustav VI. und Königin Louise wurden vom finnischen Staatspräsidenten Paasikivi und seiner Frau empfangen.

**Die französische Regierung** hat die angekündigte Staatsanleihe, die sich an den Goldpreis anlehnt, aufgelegt. Die Anleihe soll zur Sanierung der französischen Wirtschaft und zum Ausgleich des Budgets dienen.

**In 2422 Städten und Gemeinden Italiens** fanden Gemeindevahlen statt, die eine beachtlich starke Beteiligung aufwiesen. Mit den Ergebnissen ist nicht vor Montag abend zu rechnen.

**Die französische Nationalversammlung** trat nach schwächlicher Osterpause zum ersten Mal wieder zusammen. Ministerpräsident Pinay setzte eine Vertagung der Tunesiendebatte durch.

**Bald gibt es wieder neue Autoschilder**  
Sie kosten rund 25 Millionen DM — Lohnendes Geschäft für den Staat

Rund 700 000 DM haben bisher die Vorbereitungen der „Verordnung über die Kennzeichnung von Kraftfahrzeugen“ bereits gekostet. Seit drei Jahren diskutiert man in den Verkehrsministerien der Länder, in verschiedenen Bonner Ausschüssen und selbst im Bundesrat über ein neues System der Kraftfahrzeug-Beschilderung. Zeit und Geld aber sind für den Staat lohnend angelegt. Wenn nämlich die westdeutschen Kraftfahrzeugbesitzer in Kürze die bereits in Prägung befindlichen neuen Nummernschilder montieren werden, dann wird sie das die Kleinigkeit von 12,5 Millionen DM gekostet haben. Etwa die gleiche Summe wird der Staat dann noch einmal für das Abstempeln der Schilder einnehmen.

In Bonn weiß man, daß das nicht zur Popularität der Bundesregierung beitragen wird. Man betrachtet es aber als unumgängliches Übel. Verursacht wurde es eigentlich 1945 durch den Kontrollrat, der damals bestimmte, daß die Kraftfahrzeuge je nach Zone weiße (sowjetische), orangene (amerikanische), blaue (englische) und rote (französische Zone) Nummernschilder zu führen seien. 1948 wurden diese „Kolonnalschilder“ durch andere mit weißer Schrift auf schwarzem Grund abgelöst, unter die Zonenbezeichnung in einem Buchstaben wurde ein zweiter, zur Bezeichnung des jeweiligen Landes, gesetzt. Die Buchstaben standen vor zwei- und dreistelligen Schlüsselziffern (den Zulassungsort angehend), denen schließlich die dreistelligen Kennziffern folgten. Doch bald nach der Währungsreform mußten sich einzelne Zulassungsstellen neue Schlüsselziffern zuteilen lassen, die die Sache sehr komplizierten. Doppelt schwierig wurde es aber, als Bayern und Nordrhein-Westfalen sogar dran gehen mußten, gleiche Nummern doppelt auszugeben, wobei man beim zweitenmal einfach die Zonenbezeichnung fallen ließ.

Kurz, was voraussehen war, trat ein: das Nummernchaos, in dem sich ohne umfangreiche Nachschlagetabelle kein Polizist mehr auskennen vermag. Das aber ist vor allem den Ländern nicht gleichgültig. Hier geht es um ihre Kassen, zu deren Gunsten die Polizei Strafrandate erteilt. Und so waren es denn auch die Länder, die schon 1949 eine Änderung anregten. Die damit befaßten Verkehrsfachleute hatten bestimmte Wünsche im Auge zu behalten. Das Bundesverkehrsministerium bestimmte: sieben Zeichen in einer Reihe bei guter Lesbarkeit, leicht erkennbarer Zulassungsort, Bayern und Hamburg legten Wert auf ausreichende Kennzeichnung der Länderzugehörigkeit, die Kfz-Industrie bat um Verkürzung der Schildlänge von heute 490 mm auf 435 mm. Etwas verspätet kam noch eine Forderung Dr. Adenauers hinzu, der bei seinem Aufenthalt in der Schweiz die Landesfarben, auf den Schweizer Nummernschildern sah. Er forderte nun das Schwarz-Rot-Gold auf dem neuen Bundeskennzeichen.

Das Bundesverkehrsministerium wollte diesem Wunsch mit besonderer Sorgfalt entsprechen. Es wählte das RAL (Reichsausschuss für Lieferbedingungen) Nr. 1096 — Gelb, das ein ausgesprochenes Goldgelb ist. Dazu gab es noch folgenden Vorschlag: Weiße Schilder mit schwarzer Schrift, Zulassungsort durch Buchstaben gekennzeichnet, wobei Großstädte einen Buchstaben, Mittelstädte zwei Buchstaben und Kleinstädte drei Buchstaben verwenden sollen. Aus der Buchstabenfolge soll der Ortsname zu entnehmen sein. Dem stellte sich vor allem das föderalistische Bayern entgegen. Das forderte Beibehaltung des bisherigen Prinzips und lediglich Ersatz des Zonenbuchstabens durch den des Regierungsbezirks, dabei Voranstellung des Länderbuchstabens. Den Bayern trat Hamburg im Streite bei.

Nachdem man sich nicht zu einigen vermochte, verfügte man ein Probefahren. Am 1. März 1952 fuhren zehn Polizeifahrzeuge auf der Autobahn von Hübenthal nach Hilden im polizeiwidrigen Tempo von 100 Stundenkilometern. Vier der Fahrzeuge trugen die vom Bundesverkehrsministerium vorgeschlagenen Kennzeichen, drei waren mit den bayerischen Vorschlagschildern versehen und drei trugen die alten deutschen Kennzeichen nach der Verordnung aus Wilhelm's Zeiten. Dies polizeiliche Nummernkunterbunt raste also an 19 routinisierten Notizbuchpolizisten aus Düsseldorf vorbei. Ergebnis: das Bundesverkehrsministerium fuhr als Sieger durchs Ziel. Die vom Bund vorgeschlagenen Kennzeichen waren zu 78 Prozent richtig erkannt und aufgeschrieben worden. Die bayerischen Schilder waren nur zu 15 Prozent entziffert worden, während die Schilder aus der doch langsame deutschen Kaiserzeit mit 32 Prozent noch vor dem föderalistischen Bayernschild zu liegen kamen.

Dem Bundesverkehrsminister Hans Christoph Seebohm war es damit ein Leichtes, die Länder von der Brauchbarkeit des Bundesvorschlages zu überzeugen. Er erinnerte sie an ihre Kassen. Bei Einführung der neuen Nummernschilder werden diese nicht nur an den ersten Gebührenpartizipieren, die Verkehrsfachleute sagen heute schon ein erfreuliches Ansteigen der Gebühreneinnahmen aus polizeilichen Strafrandaten voraus.

Die Leidtragenden werden demnach in jeder Falle die Kraftfahrzeugbesitzer sein. Zum Teil rächt sich auch die Kraftfahrzeugindustrie dazu. Sie, die an Feinblechmangel zu leiden hat, findet sich nur schwer damit ab, daß für die Prägung der neuen Kennzeichenschilder rund 340 000 Quadratmeter Feinblech „abgerweigt“ werden müßten.

**Justizminister Müller zurückgetreten**

München (UP). Der bayerische Justizminister Dr. Josef Müller hat in einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard seinen Rücktritt erklärt und sein Amt zur Verfügung gestellt. Dr. Müller erklärte: Ich ziehe die Konsequenzen nur deshalb, weil Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Meinung sind, daß ich für die von Ihnen geleitete Regierung nicht mehr tragbar bin.“

### Umschau in Karlsruhe

#### Kartoffeln erfroren

**Keine Schäden in den Weinbergen**  
 Karlsruhe (Isw). Die kalten Nächte der letzten Woche haben in verschiedenen Teilen Badens und Württembergs auf den Feldern und an den Obstbäumen Frostschäden angerichtet. So sind auf der Baar bei Donaueschingen in mehreren Gemeinden fast sämtliche Kartoffeln erfroren. In der badischen Rheinebene lagen die Temperaturen nur vereinzelt um null Grad, dagegen werden aus dem Gebiet des vorderen Wiesenthals Nachfröste gemeldet, die jedoch wegen der herrschenden Trockenheit nur verhältnismäßig geringe Schäden anrichteten. Auch in der Neckarniederung bei Tübingen wurden Kältegrade gemessen. Im Mühlbachtal wurde die gesamte Kernobsternte vernichtet. Stellenweise erlitten Kartoffeln, Tomaten, Bohnenpflanzen, junge Buchen und Eschen Frostschäden. Die ausgedehnten Weinbaugebiete des Remstal sind jedoch ohne Schaden durch die kalten Nächte gekommen. Allgemein berichten die Weingärtner von einem guten Austrieb der Reben.

#### 4,3 Personen je Wohnung

Karlsruhe (ZSH). Nach einer Feststellung des Instituts für südwestdeutsche Wirtschaftsforschung wurden im Gebiet des neuen südwestdeutschen Bundeslandes bei der letzten Wohnungszählung vom 13. September 1930 insgesamt 878 500 Gebäude mit rund 1,5 Millionen Wohnungen und rund 6,1 Millionen Wohnräumen gezählt. Zu den Wohnräumen rechnete man dabei alle Zimmer mit mindestens 6 qm Bodenfläche und die Küchen. Im Landesdurchschnitt sind die Wohnungen mit 4,3 Personen und die Einzelräume mit 1,05 Personen belegt. Die Belegungsdichte im früheren Württemberg-Baden ist hierbei stärker, vor allem infolge der größeren Städte.

### Aus der badischen Heimat

#### Friedensfreunde demonstrierten

Eberbach (ZSH). Der Friedensring Eberbach veranstaltete eine Kundgebung gegen den Generalvertrag und für einen Friedensvertrag, die von 500 Friedensfreunden aus ganz Südwestdeutschland besucht war. Die beiden Redner, Dr. Hell (Karlsruhe) und der frühere CDU-Landessekretär Ketterer (Stuttgart), brachten den Wunsch nach Erhaltung des Friedens zum Ausdruck, der jetzt durch die Unterzeichnung des Generalvertrages ernstlich gefährdet sei. Mit überwältigender Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, in der die Teilnehmer den Abschluß des Generalvertrages verworfen. Während der Kundgebung wurden Unterschriften zur Bekräftigung der Resolution gesammelt.

#### Schlägerei zwischen amerikanischen Soldaten

Mannheim (Isw). In einer Gastwirtschaft in Mannheim-Sandhofen kam es unter 20 amerikanischen Soldaten zu einer heftigen Schlägerei. Die Soldaten gingen mit Stühlen und anderem Inventar der Wirtschaft aufeinander los. Ein deutscher Polizist, der Ordnung schaffen wollte, wurde verletzt. Amerikanische Militärpolizei stellte die Ruhe wieder her und nahm die Soldaten fest.

#### Berliner Mörder in Mannheim festgenommen

Mannheim (Isw). Der 19jährige Horst Poser, der wegen Mordes an einer Wäschereibesitzerin in Berlin gesucht wurde, ist in einem Mannheimer Lokal festgenommen worden. Nach anfänglichem Leugnen hat er die Tat zugegeben.

#### Weinheimer Corpstudententag

Weinheim (Isw). Etwa 3000 Corpstudenten, Alte Herren und Gäste nahmen über das

Wochenende an einer gemeinsamen Tagung des „Weinheimer Verbandes alter Corpstudenten“ (WVAC) und der „Weinheimer Corpstudentischen Arbeitsgemeinschaft“ (WCA) in Wachenheim teil, in deren Verlauf der 1864 gegründete und 1935 zwangsaufgelöste „Weinheimer Senioren-Convent“ (WSC) restituiert wurde.

**Pforzheim.** Der Stadtrat von Pforzheim verabschiedete am Samstag den ordentlichen Haushaltsplan, der 23,84 Millionen aufweist, und den außerordentlichen Haushaltsplan, in dem 8,44 Millionen Mark eingesetzt sind. Im Verhältnis zum Vorjahr ist der ordentliche Haushaltsplan um 4,4 Millionen Mark, der außerordentliche um 1,2 Millionen Mark angestiegen. (Isw)

## Bauernverband zur Agrarpolitik

Staatshilfe zur Kreditgebung gefordert

Die Mitgliederversammlung des Bauernverbandes Württemberg-Boden, die kürzlich in Fellbach stattfand, gab zur Lage der Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Bildung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes und seiner Regierung eine umfassende Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Von der neuen Landesregierung erwartet der Bauernverband, daß sie alles tut, um die Gefahr des Auseinanderlebens der Bewohner des neuen Bundeslandes zu bannen. Solange keine berufständische Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts für die Landwirtschaft besteht, verlangt die Bauernschaft des Landes, daß Bauern und praktische Landwirte auch in Fragen der landwirtschaftlichen Verwaltung und Gesetzgebung gehört werden. Um diese Mitwirkung sicherzustellen, fordert der Bauernverband die Bildung und regelmäßige Anhörung eines Beirats oder eines Gesamtausschusses beim Landwirtschaftsministerium. Die Landwirtschaft ist verfassungsmäßig den übrigen Wirtschaftszweigen gleichzustellen. Ihre Förderung ist eine ebenso vordringliche Aufgabe des Staates wie die Förderung von Gewerbe, Handwerk, Industrie und Handel.

Von besonderer Wichtigkeit für die Landwirtschaft ist die Kreditfrage. Da die Landwirtschaft nicht wie Gewerbe, Industrie und Handel einen raschen Umsatz ihrer Güter hat und daher hohe Zinsen nicht tragen kann, muß für einen entsprechend verbilligten mittel- und langfristigen Kredit Staatshilfe in Anspruch genommen werden. Für den landwirtschaftlichen Grundstücksverkehr ist im Südweststaat ein einheitliches Recht zu entwickeln, das dem landwirtschaftlich genutzten Grund und Boden ausreichenden Schutz gewährt. Die Flurbereinigung ist im Sinne des neuen Bundesgesetzes voranzutreiben.

Um die Bedeutung der Landarbeit der Öffentlichkeit wieder stärker ins Bewußtsein zu rufen, wird die Einführung des freiwilligen Landdienstes für die schulentlassene Jugend empfohlen.

Da das Wasser ein Hauptfaktor bei der Bodenfruchtbarkeit ist, müssen die landwirtschaftlichen Belange und Bedürfnisse in der Wasserwirtschaft anderen Forderungen vorgehen. Der Obstbau ist im Südweststaat eine der wichtigsten landwirtschaftlichen Sonderkulturen. Seine Weiterentwicklung ist nicht nur ein Anliegen der Landwirtschaft selbst, sondern auch der Allgemeinheit. Der weitere, gleichmäßige Ausbau der Volksschule auf dem Lande ist verfassungsmäßig sicherzustellen. Die Ausbildung hat sich auf acht Schuljahre zu beschränken. Die allgemeine Einführung des 3. Pflichtjahres in den landwirtschaftlichen Berufsschulen macht den Neuaufbau des Lehrplans dieser Schulen notwendig. Die landwirtschaftliche Hochschule und die landwirtschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten des Landes bedürfen der intensiven Förderung durch den Staat. Die landwirtschaftliche Beratung muß

**Speiseeis-Steuer in Südbaden zugelassen**  
 Freiburg (Isw). Die Erhebung einer Speiseeis-Steuer wurde den Gemeinden in Südbaden von den staatlichen Dienstaufsichtsbehörden gestattet. Gemeinden, die sich in finanziellen Nöten befinden, sollen mit dieser

#### Ein Rastatter Ausbrecher festgenommen

Rastatt (Isw). Einer der fünf Häftlinge, die eine Zellenmauer im Rastatter Gefängnis durchbrochen hatten und entkommen waren, wurde in Gernsbach im Kreis Rastatt von einem Gendarmeriebeamten festgenommen und wieder ins Gefängnis eingeliefert. Es ist ein 21 Jahre alter Hilfsarbeiter aus Lautenbach im Murgtal, der vom Amtsgericht Rastatt wegen einiger Diebstähle verurteilt werden sollte.

## Die Einteilung der Eisenbahnbezirke

Regierung will erneut vorstellig werden

Stuttgart (Isw). Die badisch-württembergische Landesregierung will erneut bei Bundesverkehrsminister Dr. Seeborn vorstellig werden, um eine sofortige Neueinteilung der Eisenbahnbezirke in Stuttgart und Karlsruhe in der Form, wie sie vor 1945 bestand, zu erreichen. Die Regierung hatte sich bereits am 15. Mai an Seeborn in dieser Angelegenheit gewandt. Der Bundesverkehrsminister teilte darauf jetzt mit, daß der Verwaltungsrat der Bundesbahn beabsichtige, sich so bald wie möglich mit der Frage einer grundsätzlichen Neueinteilung der Direktionsbezirke zu beschäftigen. Er halte es daher nicht für zweckmäßig, dieser Neuordnung durch eine ausschließlich auf die Direktionen Stuttgart und Karlsruhe abgestimmte Lösung vorzugreifen, da dies eine organische Entwicklung gefährden könne. Dazu stellte die Landesregierung fest, daß eine vordringliche Behandlung der Neueinteilung besonders wegen der 1945 durch die willkürliche Grenzziehung der Besatzungsmacht entstandenen nachteiligen Auswirkungen erforderlich sei.

## Wieder ein Raubüberfall in Freiburg

Freiburg (Isw). In Freiburg überfielen dieser Tage zwei Unbekannte eine 24 Jahre alte Küchengehilfin, die sich am Abend mit ihrem Fahrrad auf dem Heimweg von der Innenstadt nach Günterstal befand. Der eine der beiden Gangster, die Gesichtsmasken trugen, zwang sie, vom Fahrrad abzustiegen, hielt ihr den Mund zu und bedrohte sie. Der andere raubte ihr einen Geldbeutel mit 38,- Mark Inhalt, den Ebering, die Ohrhinge und eine Halskette. Dann ließen die beiden Unbekannten die Luft aus den Schläuchen des Fahrrads der Überfallenen und schleuderten die Fahrradpumpe in hohem Bogen in das Gartengelände. Nach dem Überfall fuhren die Räuber auf ihren Fahrrädern stadteinwärts.

#### 3 Verletzte bei Motorradzusammenstoß

Freiburg (Isw). Bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Motorrädern wurden in dem Freiburger Vorort Haslach der Fahrer der einen Maschine und die Beifahrerin der zweiten sowie ihr siebenjähriges Kind so schwer verletzt, daß sie in die Chirurgische Klinik in Freiburg eingeliefert werden mußten. Die Schuld an dem Unfall trifft den verletzten Fahrer, der die zulässige Höchstgeschwindigkeit weit überschritten hatte.

#### Freiburg. Der Umschlag in den vier deutschen Oberreinhilfen Rheinfelden, Weil, Breisach und Kehl ist in Anknüpfung und Abgang von 77 386 Tonnen im letzten Quartal 1931 auf 105 254 Tonnen im ersten Vierteljahr 1932 gestiegen. (Isw)

neuen Steuerquelle die Möglichkeit erhalten, ihren Haushalt auszugleichen. Der Steuersatz darf 25 Prozent des Kleinhandelspreises nicht übersteigen. Die Erhebung der Steuer ist in jedem einzelnen Falle genehmigungspflichtig.

#### 3 Verletzte bei Motorradzusammenstoß

Freiburg (Isw). Bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Motorrädern wurden in dem Freiburger Vorort Haslach der Fahrer der einen Maschine und die Beifahrerin der zweiten sowie ihr siebenjähriges Kind so schwer verletzt, daß sie in die Chirurgische Klinik in Freiburg eingeliefert werden mußten. Die Schuld an dem Unfall trifft den verletzten Fahrer, der die zulässige Höchstgeschwindigkeit weit überschritten hatte.

#### Freiburg. Der Umschlag in den vier deutschen Oberreinhilfen Rheinfelden, Weil, Breisach und Kehl ist in Anknüpfung und Abgang von 77 386 Tonnen im letzten Quartal 1931 auf 105 254 Tonnen im ersten Vierteljahr 1932 gestiegen. (Isw)

## Die Regierungserklärung Dr. Maiers

Dienstag tritt Landesversammlung zusammen  
 Stuttgart (Isw). Der badisch-württembergische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier, gibt am Dienstag vor der Verfassunggebenden Landesversammlung eine Erklärung über die künftige Politik der vorläufigen Regierung ab. Nach der Entgegennahme der Erklärung, die 31 Seiten umfaßt, wird sich das Haus wahrscheinlich sofort auf Mittwoch versetzen, um dann in die Generaldebatte einzutreten. Es ist möglich, daß die Debatte auch noch eine Sitzung am Donnerstag erfordert.

## Landesjugendringe vor dem Zusammenschluß

Karlsruhe (Isw). Die Landesjugendringe und Jugendausschüsse der Landesbezirke Baden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern bildeten in Karlsruhe einen Ausschuß, der die Bildung eines „Landesjugendringes Baden-Württemberg“ vorbereiten soll. Dieser Jugendring soll als Dachorganisation über den Landesjugendringen der Landesbezirke stehen, jedoch nicht in deren interne Arbeit eingreifen.

#### Landesjugendringe vor dem Zusammenschluß

Karlsruhe (Isw). Die Landesjugendringe und Jugendausschüsse der Landesbezirke Baden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern bildeten in Karlsruhe einen Ausschuß, der die Bildung eines „Landesjugendringes Baden-Württemberg“ vorbereiten soll. Dieser Jugendring soll als Dachorganisation über den Landesjugendringen der Landesbezirke stehen, jedoch nicht in deren interne Arbeit eingreifen.

#### Landesjugendringe vor dem Zusammenschluß

Karlsruhe (Isw). Die Landesjugendringe und Jugendausschüsse der Landesbezirke Baden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern bildeten in Karlsruhe einen Ausschuß, der die Bildung eines „Landesjugendringes Baden-Württemberg“ vorbereiten soll. Dieser Jugendring soll als Dachorganisation über den Landesjugendringen der Landesbezirke stehen, jedoch nicht in deren interne Arbeit eingreifen.



**AUF SILBERNEN Schwingen**  
 Roman von Anita Hunter  
 Copyright by Hamann-Meyerpress, durch Verlag v. Graberg & Götz, Wiesbaden  
 (10. Fortsetzung)

Mrs. Hemmington, ihre Nachbarn, die den Schlüssel hatte, hatte sie entgegengenommen und in die Vase verteilt. Sheila nahm eine der zartgelben Blüten in die Hand. Sie brauchte nicht erst den Brief zu lesen, der auf dem Tisch lag. Sie wußte, woher diese Blumen kamen. . . Mrs. Hemmington kam aus der Nebenwohnung gelaufen. „Endlich, Sheila“, sagte sie mit dem Ton tiefster Befriedigung. „Was — endlich?“ „Na, endlich hast du dich entschlossen, dein klösterliches Leben aufzugeben. Es wurde auch höchste Zeit. Aber verliert — und reich muß der Mann schon sein, der dir eine solche Fülle von Blumen schickt.“ Sheila sah, wie die Neugier in Mrs. Hemmingtons Augen brannte. Aber sie sagte nichts. Sollte die freundliche Frau ruhig das Gefühl haben, daß jemand sich in die unbedeutende kleine Sheila verliebt hatte. Das schadete nichts. „Vielen Dank, daß Sie die Blumen ins Wasser gestellt haben, Grace!“ sagte sie freundlich. Aber sie wollte sich auf keine weitere Unterhaltung einlassen. „Gute Nacht — ich muß morgen früh aufstehen!“ Sie schob die etwas enttäuschte Frau aus der Tür. Dann öffnete sie den Brief.

„Senorita!  
 Dies ist der erste Brief, den mir der Arzt zu schreiben erlaubt, und dieser Brief soll an Sie gehen. Ich möchte Ihnen noch einmal danken für Ihre Lebenswürdigkeit mir gegenüber. Ohne Ihr fröhliches Lächeln, ohne Ihren Mut, hätte ich vielleicht nicht durchhalten können. Sie sind tapfer, Senorita, und Ihr Herz schlägt auch für Fremde . . .“

Sheila mußte unwillkürlich lächeln. So hätte ein Amerikaner nie geschrieben. Man merkte das südländische Blut. Dann las sie weiter:

„Ich wußte, daß ich Ihnen vertrauen konnte. Sie gaben mir Ruhe und das Bewußtsein, daß ich nicht alleine war. Wollen Sie mir nun eine Freude machen, Senorita? Vielleicht brauchen Sie nach all den Aufregungen etwas Ruhe. Ich habe ein bescheidenes Haus auf einer Insel im Meer. Dort ist Sonne und Frieden, Blumen und fröhliche braune Menschen. Könnten Sie sich denken, dort ein paar Wochen zu verbringen? Meine Mutter wohnt dort — sie wird Sie wie eine Tochter pflegen. Würden Sie mir diese Freude machen? „Paradiseos“ Rosen werden noch schöner blühen — wenn Sie dort sind, Senorita. Meine Privatmaschine wird Sie am 22. d. Monats abholen. Kommen Sie auf silbernen Schwingen nach Paradiseo. Ich habe meinen Anwalt in Chicago, Mr. Chertson, Anweisung gegeben, alles für Sie zu tun. Bitte, wenden Sie sich an ihn. Ich danke Ihnen aus innerstem Herzen, daß Sie mir helfen. Sobald es meine Gesundheit erlaubt, werde ich nach Paradiseo kommen und hoffe, Sie dann dort anzutreffen.“

Hernando de Alvezrez.  
 Sheila ließ den Brief sinken. Ihre Augen begannen zu leuchten. Eine Insel im Meer, Rosen, fröhliche braune Menschen — das alles klang wie ein Traum, wie der Name: Paradiseo. Aber wie in jedem Paradiseo gab es auch hier eine Schlange: die Papiere. Die kleine rote Saffiantasche, die verschwinden war. Würde de Alvezrez ihr glauben? Sie blickte sich im Zimmer um. Vielleicht war es gerade dieser betäubende Rosenduft, der den Entschluß in Sheila Garner reifen ließ, nach „Paradiseo“ zu reisen. Vielleicht wird er mir glauben, wenn ich ihm dort alles erzähle. — Vielleicht verachtet er mich nicht, wenn ich in einem blühenden Rosengarten zu ihm spreche. Wo die Sonne scheint, da nehmen alle Menschen die Dinge leichter. Ehe sie sich schlafen legte, riß sie das Blatt vom Kalender. In drei Tagen war der 22., wo de Alvezrez seine Pri-

vatmaschine schicken wollte. Sie mußte versuchen, morgen alles zu ordnen. Das war nicht schwierig. Es war dafür gesorgt, daß immer genügend Stewardessen da waren. Nein, sie wollte nicht nach Kansas City. Sie wollte de Alvezrez nicht eher sprechen als es dringend nötig war. Sie fühlte selbst, daß es nicht tapfer war — aber der Rosenduft verwirrte sie. Sie hatte auf einmal unendliche Sehnsucht nach blauem Himmel, Sonne und Vergessen. Sie beschloß, daß statemal in ihrem Leben leichtsinnig zu sein.

Lullabee Hangrin hatte ihre Wohnung in der 432th Street in Chicago verlassen. Sie hatte niemandem Bescheid gegeben, wohin sie reiste. Die Mulattin, die verlorb von einem Zimmer ins andere lief, sagte nur immer: „Ich weiß nicht, Ma'm ist abgereist. Ja, sie hat viele Koffer mitgenommen — mehr weiß ich nicht!“

Die beiden Männer, die mit der Mulattin verhandelten, schüttelten den Kopf. Sie verstanden dies nicht. Sie hatten Lullabee die Papiere dieses Senor de Alvezrez gegeben — es war übrigens eine kinderleichte Sache gewesen — und nun warteten sie auf ihre Belohnung. Sie hatten keine Angst um ihr Geld — Lullabee verlangte viel, aber sie zahlte auch, ohne zu handeln. Und sie wußten auch, daß Lullabee nur ein „Zwischenmann“ des mächtigen Al Smith war. Und einen Al Smith würde selbst eine Frau wie Lullabee Hangrin nicht an der Nase herumführen. Einen Al Smith konnte man nicht betrügen. Er war wie ein Polyp mit tausend Armen — und irgendeiner dieser Arme erwischte einen, selbst, wenn man sich am Ende der Welt verbergen würde.

Keiner konnte die mit vornehmer Eleganz gekleidete, dunkelhaarige Frau, die in der Passagierliste des Flugzeuges Chicago-Jacksonville als Senora Rivereda aus Tampico gebucht war, für Lullabee war es eine Kleinigkeit gewesen, sich falsche Papiere zu verschaffen, sie sprach perfekt spanisch. Das hatte sie von der Mulattin gelernt, die auf Cuba geboren war. Es lag ihr nur daran, ihre Spur zu verwischen, solange, bis sie ihr Ziel erreicht

hatte. In einem ihrer vielen Koffer lag die kleine rote Saffiantasche des Senor de Alvezrez. Sie hatte nur einen ganz flüchtigen Blick auf die Papiere geworfen. Sie verstand nichts von mathematischen Gleichungen und chemischen Formeln die irgendwie mit Uranium zusammenhingen, einem Stoff, den man zur Herstellung von künstlichem Gummi brauchte, und nach dem die ganze Welt auf der Jagd war. — Sie wußte nur, daß Al Smith ungeheuren Wert auf diese Papiere legte — folglich mußten sie auch für de Alvezrez wichtig sein. Sie wollte diese Papiere als Trumpfkarte in der Hand behalten. Ein Mann, der einer Frau dankbar war, war immer leichter zu erobern. Es galt nur, an Senor de Alvezrez heranzukommen, und Lullabees kluges Hirn hatte schon lange einen Plan klar.

Die erste Etappe dieses Planes führte sie nach Jacksonville, an Floridas Küste. Sie wußte, daß dort ein Mann wohnte, dem sie vertrauen konnte, der für sie durchs Feuer ging. Sie hatte ihm einmal einen großen Dienst erwiesen, als er aus dem Chicagoer Zuchthaus kam und ohne einen Dollar auf der Straße stand. Damals nannte er sich Joe Gessner, heute war er in Jacksonville der angesehenere Mr. Harry Giess — und kein Mensch ahnte etwas von seiner etwas dunklen Vergangenheit. Auch dies war vorteilhaft für Lullabee. Auf diese Weise konnte sie ihm Zügel anlegen, wenn er zu übermütig werden würde, oder nicht das wollte, was sie von ihm verlangte. Lullabee konnte den Leuten in Jacksonville allerlei über die Vergangenheit eines gewissen Mr. Joe Gessner erzählen, was dem Mr. Harry Giess sicher nicht angenehm war.

Mr. Giess hieß Lullabee selbst vom Flugplatz ab. Einen Moment stützte er, als er ihr schwarzes Haar sah. Er zog ein wenig die Augenbrauen hoch, dann aber beugte er sich tief über Lullabees Hand: „Es ist mir eine Ehre Senora“, sagte er mit etwas kokantem Lächeln. Als sie eine Stunde später in dem mit schweren Eichenmöbeln eingerichteten Herrenzimmer des Mr. Giess saßen und der aufwartende Diener sich lautlos zurückgezogen hatte, wurde Giess neugierig. (Forts. folgt)

# LAND + GARTEN

## Bodenuntersuchung überaus wichtig

Zwei Drittel der Kosten übernimmt der Staat

Das „Gesetz vom Minimum“ besagt, daß sich der Ernteertrag für die Flächeneinheit stets nach demjenigen Nährstoff bzw. Wachstumsfaktor richtet, welcher der jeweiligen Kulturpflanze in geringster Menge zur Verfügung steht. Ein geringer Ertrag ist demnach nicht so sehr auf den Gesamtangel an Nährstoffen, sondern auf die unausgeglichene Zusammensetzung im Boden zurückzuführen. Sicher weiß man so ungefähr, in welcher Feldmark und in welchem Ackerstück zum Beispiel Kalk reichlich oder nur in geringen Mengen vorhanden ist.

Dabei trifft man aber auf ganz eigenartige Verhältnisse, denn nicht selten kommt es vor, daß in kalkreichen Stellen einzelne Feldstreifen liegen, die einen ausgesprochenen Mangel an Kalk aufweisen und umgekehrt trifft man in ganz kalkarmen Lagen einzelne Streifen, die fast überreich an Kalk sind. Man sieht daraus, daß alle überschlägigen Urteile nur unzuverlässig sind. Nur durch eine planmäßige Bodenuntersuchung, die von dem zuständigen Landwirtschaftlichen Untersuchungsamt durchgeführt wird, kann man ein überschlägiges Bild gewinnen.

Die Ergebnisse werden in Uebersichtskarten eingetragen, die für jeden Grundbesitzer erstellt werden. Sie enthalten maßstabgerecht alle Grundstücke mit Plannummer und Flurbezeichnung, dazu die Ergebnisse der Untersuchung auf Phosphor, Kali und Kalk und gegebenenfalls auf Stickstoff. Aus den beson-

deren Hinweisen und den übersichtlichen Tabellen, die dem Ergebnis beigelegt sind, kann der Eigentümer dann entnehmen, welche Gaben an den einzelnen Nährstoffen er den betreffenden Schlägen zuzuführen hat, um einen ausgeglichenen Zustand und damit die Grundlagen für beste Ertragssteigerung zu erreichen.

Die erste Bodenuntersuchung liefert aber nur ein vorläufiges Bild über den Zustand und die Grundlage zur Bodengungung. Etwa alle 6 bis 8 Jahre muß sie dann wiederholt werden; erst dann zeigt die vergleichende Betrachtung der Ergebnisse den Erfolg der auf die Untersuchung hin getroffenen Düngungsmaßnahmen.

Nun wird sich mancher fragen, ob die Kosten für die Bodenuntersuchung im Verhältnis zum Erfolg nicht zu hoch sind. Hier hat nun der Vater Staat, der ja an einer Ertragssteigerung auch interessiert ist, eingegriffen. Zwei Drittel der Kosten übernimmt der Staat, so daß für den Grundeigentümer nur ein Betrag von DM 3.— bis DM 4.— je Hektar verbleibt. Dieser Satz ist durchaus tragbar und steht in gar keinem Verhältnis zu dem Nutzen. Der Landwirt erhält eine Uebersichtskarte, die alle wissenswerten Angaben enthält und die ihn in die Lage versetzt, klare Entscheidungen um eine erfolgreichere Einteilung der Düngerverteilung zu treffen. Nur dadurch werden Fehldüngungen mit wertvollem Stallmist und Handelsdünger vermieden.

## Die sichtbaren Nährstoffmangel-Erscheinungen

Bei fehlendem Kali werden die Blätter dunkelgrün

Wenn der erfahrene und geübte Praktiker im Laufe des Vorsommers über seine Felder geht, wird er in vielen Fällen schon am äußeren Aussehen des Feldstandes gewisse Nährstoffmangelercheinungen erkennen können. Sind zum Beispiel alle Nährstoffe in ausreichendem Maße vorhanden und fehlt es der Pflanze lediglich an Stickstoff, so zeigt sie in ihrem Aussehen und Aufbau deutlich kennzeichnende Veränderungen. Da gerade der Stickstoff das allernotwendigste Element für den Aufbau des Pflanzenweißes ist, so dürfte einleuchtend sein, daß alle Stickstoff-Mangelercheinungen auf die mangelhafte Bildung von Eiweiß zurückgeführt werden können, wodurch das gesamte Wachstum gehemmt wird. Die Pflanzen bleiben klein, die Blätter zeigen eine blassere, hellgrüne Färbung, sie bleiben schmal, haben meistens kurze Stiele, stark hervortretende Blattnerve und sind im Vergleich zu normal entwickelten Pflanzen stark nach oben gerichtet. Die Blütenbildung und die Bestockung des Getreides sind dabei äußerst mangelhaft. Erstaunlich ist, daß sich das Verhältnis zwischen oberirdischer Pflanzenmasse und Wurzelmasse bei Stickstoffmangel sehr stark zu Gunsten der Wurzel verschiebt, was ja durchaus erklärlich ist, da die Wurzeln den Stickstoff suchen muß. So wie bei der oberirdischen Pflanzenmasse überall die weichen, saftigen Gewebeteile verschwinden, zeigen sich auch bei der Wurzel ähnliche Erscheinungen. So neigen alle Rübenpflanzen zur Verholzung und verlieren an Schmeckhaftigkeit.

In einer gewissen Ähnlichkeit hierzu stehen die Magnesium-Mangelercheinungen, doch sind diese wesentlich weniger häufig, da der Boden normalerweise immer ausreichend Magnesium enthält und mit Kali- und Kaliumdüngern ständig frische Magnesiummengen in den Boden gelangen, die für die Bildung von Blattgrün (Chlorophyll) von Bedeutung sind. Dementsprechend liegt der Magnesiumbedarf von Pflanzen mit großer Blattmasse sehr hoch;

hier dürfte dann eine Düngung mit Mg-haltigen Potentialen immer am Platze sein. Auf die öfters zu beobachtende Magnesium-Mangelercheinung bei Kiefern auf leichten, sterilen Waldböden sei bei dieser Gelegenheit nur kurz hingewiesen.

Kali- und Phosphorsäure-Mangelercheinungen treten immer erst bei sehr starker Erschöpfung des Bodens an diesen Nährstoffen auf. Dies ist durchaus verständlich, bewirken doch Kali und Phosphorsäure infolge ihres hohen Wirkungsfaktors sehr schnell ansteigende Erträge, so daß der Gehalt des Bodens an diesen beiden Nährstoffen bereits sehr niedrig liegen muß, um ausgesprochene, sichtbare Mangelerscheinungen beobachten zu können. Dafür muß sich allerdings jedes weitere Absinken in seiner Auswirkung um so stärker abzeichnen. Solche Mangelerscheinungen sind dann nicht immer leicht zu erkennen. Bei Kaliummangel verändert sich die Blattfarbe nach dunkelgrün und die Blätter sterben nicht einzeln, sondern plötzlich auf einmal ab. Beim Getreide treten an den Blättern und Blattstängeln rötlich-braune Flecken und Streifen auf, die nicht mit Dürreschäden verwechselt werden dürfen. Die Blätter von Kartoffeln und Rüben (und auch Tabak) zeigen stark welliges, gekräuseltes Aussehen und braune Flecken, auch an den Stielen. Kartoffeln, Rüben, Kohl und anderes Grobgemüse neigen stark zur Fäulnis, vor allem dann, wenn noch feuchte Witterung hinzukommt.

Phosphorsäuremangel macht sich bei allen Pflanzen stets gleichmäßig durch auffallende Reifeverzögerung bemerkbar. Bei Getreide beobachten wir ähnlich wie bei Kaliummangel eine dunkelgrüne Blattfärbung mit braunroten Flecken und aufrechtstehende Ähren und Vergilben der Blätter nach vorübergehender Rottfärbung.

Kalkmangel führt zur Bodenversauerung. Dabei lindert sich nicht nur die Unkrautflora des betreffenden Bodens, sondern auch die

## Geheimnisse des Rosenschnittes

Die Königin der Blumen will gepflegt sein

Will man bei den Rosen eine reiche und anhaltende Blüte erzielen, so muß man sie im Sommer dauernd im Wachstum erhalten. Es darf bei ihnen kein Wassermangel eintreten, sie lieben frische und feuchte Luft. Allabendlich bei warmer Witterung werden Rosenbeete, Rosenbüschchen und Rosenbüsche kräftig überbraut. So bleibt in der Nacht das Blattwerk von feuchter Luft umgeben, was auf das Gedeihen der Pflanzen von großem Einfluß ist. Bei regnerischem Wetter gibt man Jauchegüsse an die Wurzeln. Zu vermeiden ist aber, daß durch übermäßige Wassergaben das Erdreich dumpfig naß bleibt und die Wurzeln zu faulen beginnen. Neben einer genügenden Feuchtigkeit ist der Boden auf den Beeten und unter den Rosenbüschchen wiederholt aufzulockern, sonst bleibt die Erde luftundurchlässig und kalt. Vorteilhaft ist es, den Beeten nach dem Auflockern eine schwache Abdeckung mit verrottetem Stalldünger zu geben. Die Erde verbleibt dabei locker und gut durchlüftet, und die Düngerschicht führt ihre Nährstoffe dem Boden zu.

Immer leiden Rosen unter Blattläusen; Tebakeisenbrühe ist dafür das erfolgreiche Bekämpfungsmittel.

Durch einen rechtzeitig durchgeführten Sommerschnitt verlängert man bei den Rosen die Blütezeit. Sowie ein starker neuer Jungtrieb in das Stadium der Knospenbildung eintritt, schneidet man ihn auf die Hälfte seiner Länge zurück. Ein so gekürzter Trieb bringt

bald darauf zwei neue Jungtriebe hervor, die in ihrer Entwicklung um wenige Wochen nachhinken. Sie erblühen im Nachsommer und füllen die Lücke bis zum Herbstflor aus. Der Herbstflor ist der Nachflor des ersten Blütenansatzes. Als Regel muß gelten, daß alle verblühten Blumen sofort weggeschnitten werden müssen. Dann wartet man noch einige Tage auf einen neuen starken Durchtrieb, der sich unterhalb der fortgeschrittenen Blüte aus einem oberen guten Auge bilden will. Bis hierher kürzt man das Zweigende. Erfolgt kein Durchtrieb, so wird eben auf das erste gute, starke Auge geschnitten.

Bei Kletterrosen ist die Behandlung eine andere. Wohl werden die verblühten Blütenstände sofort weggeschnitten, und zwar auf die Hälfte des sie tragenden Kurztriebes; aber alle diesjährigen Langschosse werden unter keinen Umständen gekürzt oder entfernt, sondern gut angeheftet. Älteres, abgeblühtes Holz, dessen Blätter bereits eine gelblichgrüne Färbung angenommen haben, zeigt seine Ueberständigkeit an und wird deshalb im Sommer schon herausgeschnitten.

Da das Holz bei allen Rosen bis zum Spätherbst völlig ausgereift sein muß und keine starken Jungtriebe mehr hervorbringen darf, hört man Ende Juli mit dem Jauchen auf.

Die Hauptschnittzeit der Rosen ist das zeitige Frühjahr, wenn man die Winterdecke entfernt hat. Der Frühjahrschnitt ist der sogenannte starke Schnitt. Hierbei werden an den bekannten Edelrosenklassen, Theehybriden, den Remontanrosen, Polyantharosen usw., alle vorjährigen Jahrestriebe bis auf kurze Zapfen von zwei oder drei guten Augen zurückgeschnitten. Es kommen sehr bald neue Triebe hervor, die von neuem eine Krone aufbauen. Wird zuviel altes Holz der Krone belassen, so nimmt die Blühwilligkeit ab. Der Rosengärtner kennt die besonderen Geheimnisse des Schnittes. Alle starkwüchsigen Sorten wie z. B. Teerosen, Maréchal Niel und Gloire de Dijon und die Remontanrosen Ulrich Brunner und Frau Karl Druschki müssen gegen alle Regeln lang geschnitten werden. Schneidet man diese und auch noch andere starkwüchsige Sorten kurz, so ergeben sich dadurch Langtriebe ohne Blüten. Schneidet man aber die Triebe lang (1/2 bis 1 Meter), so kommen aus fast jedem Auge Kurztriebe mit vielen Knospen hervor. So gibt es für viele Rosensorten ein einfaches und untrügliches Erkennungsmerkmal für den richtigen Schnitt.

## Die Schattengare muß erreicht werden

Ernten, Pflanzen, Säen und wichtige Kulturmaßnahmen im Gemüsegarten

Die Sonne macht uns in diesem Monat bereits viel im Garten zu schaffen: Wohl werden Wachstum und Reife günstig beeinflusst, doch müssen wir dafür sorgen, daß der Boden nicht austrocknet und oben verkrustet. Besonders in lehmigen, humusarmen Böden geht das Zerstoren der Krümelung rasch voran; Risse stellen sich ein, und wertvolle Bodenfeuchtigkeit geht verloren. Häufiges Hacken oder Aufgrubbern, besonders nach Gießen und Regen, sind erforderlich. Es ist besser, einmal mehr den Boden zu lockern als zu wässern. Wir tun den Pflanzen aber einen noch größeren Gefallen, wenn wir den Boden mit Torfmüll, gemäßigtem Gras, kurzem Stroh, halbverrottetem Dungkompost, Reisig usw. bedecken können. Dann sparen wir die mühselige Arbeit des Bodenlockerns, da sich unter der porösen Decke die Feuchtigkeit gleichmäßig hält und sich ein reiches Bakterienleben einstellt, wodurch die von jedem Gartenfreund erwünschte Schattengare vorbildlich erreicht wird. Wird Torfmüll verwendet, so ist er vorher gut anzufeuchten und klein zu drücken. Eine dünne Schicht wirkt bereits Wunder; ein Ballen Torfmüll reicht dann etwa für 75 qm Beetfläche.

Auf die abgeernteten Beete und Beetreiben bringen wir alsbald andere Kulturen. Es ist hinsichtlich eines ungestörten Kleintierlebens von Bedeutung, wenn der Boden weder gegraben noch gelockert wird. Manche alte Gewohnheit in der Bodenbearbeitung hat sich, seit wir tiefere Einblicke in das Bodenleben getan haben, als unweckmäßig, sogar schädlich erwiesen. Zu Beginn des Monats wird Winterporree in 15 cm tiefe Rillen gesetzt, die nach und nach eingeebnet werden. Anfang Juni können noch Melonen gepflanzt werden. Mitte Juni beginnen wir mit Pflanzen von Spätweißkohl und Winterendivie. Kohlrüben pflanzt man nicht vor Ende Juni aus. Ferner setzen wir Wirsing, Frühblumenkohl, Rosenkohl und Kohlrabi. Kopfsalat wird zweckmäßig nicht mehr gepflanzt, sondern an Ort und Stelle weißblüsig gesät. Die Samen von Herbst- und Winterrettich werden ab Mitte Juni ausgestreut. Folgeausaaten von Radies, Salat, Karotten, Kohlrabi sollten wir nie versäumen. Man versuche sogar noch die Aussaat von Frühblumenkohl und Bohnen. Damit der im Saatbeet stehende Krauskohl (Grün- und Braunkohl) nicht zu lang wird, empfiehlt es sich, ihn zu verstopfen; denn wir wollen ihn erst Ende Juni pflanzen.

Zu dichte Aussaaten sollten wir vereinzeln. Rote Rüben und Sonnenblumen können durchaus noch an einen freien Platz gepflanzt werden. Pflänzchen, die nicht mehr Verwendung finden sollen, ziehen wir möglichst nicht aus, sondern kneifen sie ab oder schneiden sie mit einer Schere weg.

Besondere Pflege erfordern die Fruchtgemüse. Gurke, Kürbis und Melone können wir über dem vierten bis fünften Blatt stutzen; die dann stärker wachsenden Achseltriebe sind von größerer Fruchtbarkeit. Zum Gießen

sollte nur abgestandenes Wasser verwendet werden; gerade die Gurkengewächse sind gegen kaltes Wasser zu empfindlich. Gurken, deren Boden gleichmäßig feucht gehalten wird und wo die Früchte im Schatten des Blätterdaches ausreifen, werden uns in jeder Hinsicht zufriedenstellen. Die Pflege der Buschtomate ist im Vergleich zu anderen Tomaten die einfachste. Sie erfordert nur reichlich Wässerung und sollte alle drei Wochen mit einer kleinen Gabe Volldünger im Gießwasser zusätzlich gegossen werden. Zu starke Stickstoffdüngung meide man, da die Pflanzen dann zu üppig ins Kraut schießen und nur geringen Fruchtansatz bringen. Bei Stab- und Zuckertomaten muß öfter angebeudelt werden. Alle acht Tage befriegen wir die Stabtomate von ihren Geizen, damit sich große Früchte bilden. Bei der Zuckertomate kann das Ausgeizen unterbleiben, da wir hier auf kleine Früchte Wert legen. Bei ihnen ist der Zuckergehalt höher als bei größeren.

Bei einer Reihe von Gemüsen unterstützt das Behäufeln das Wachstum in reichlichem Maße. Bei Porree ist dies ferner zur Erzielung langer weißer Schäfte unerlässlich. Bei den Blattkohlsorten regt die den Kohlstamm umgebende Erde zur Bildung weiterer Wurzeln an. Bei Bohnen und Erbsen findet man das Anhäufeln nur noch selten, und doch sollte gerade hier davon Gebrauch gemacht werden.

Wenn wir aufmerksam durch den Garten gehen, stellen wir leicht alles Kranke an unseren Gemüsen fest. Gegen die geringsten Spuren des häufig auftretenden Gurkenmehltaus müssen wir sofort mit Schwefelpräparaten stäuben oder spritzen. Kollidialer Schwefel und Rohschwefel werden immer noch angewendet. Ein neues, sehr nachhaltig wirkendes Präparat ist Sulfurit-Netschwefel 80, besonders empfehlenswert auch für Erbsen, Rappen und Eigelige auf dem Kohl sammeln wir ab. Erdflöhe sind eine lästige Plage für alle Kohl- und Krautgewächse, besonders Salat und Radieschen.

Da Erdflöhe stets Trockenheit und Wärme lieben, vertreibt man jene am besten durch Feuchthalten der Beete. Vernichtet werden diese lästigen Schädlinge durch Stäuben mit Erdflöhpulver. Einzelne welke Pflänzchen lassen, trotz guter Pflege, meist darauf schließen, daß an den Wurzeln etwas nicht in Ordnung ist. Eingerlegte Erdraupen und Drahtwürmer stiften viel Schaden. Beim Ausgraben des absterbenden Pflänzchens werden wir dann die Ursache feststellen. Bei Kohlgewächsen haben wir noch auf Kohlhernie und die Gallenrüssler zu achten. Beide verursachen ähnliche Mißbildungen an den Wurzeln. Stamm- und Wurzeldeformationen von Kohlgallenrüssler, so finden wir beim Schnitt durch die Wucherungen kleine Hohlräume und darin winzige Larven. Außerdem sind die Mißbildungen hier am Wurzelhals, bei der Kohlhernie im Wurzelgeflecht.

## Wenn Pferde stolpern und lahmen

Unweckmäßiger Hufbeschlag macht die Tiere unbrauchbar

Schon im Interesse der Erhaltung der Leistungsfähigkeit unserer Pferdebestände ist es dringend nötig, daß der größte Wert auf eine gute Fohlenhufpflege und einen sachgemäßen Hufbeschlag gelegt wird. Es ist eine falsche Sparsamkeit, wenn Pferdebesitzer ohne Kenntnisse den Hufbeschlag und die Fohlenhufpflege selbst durchführen, dies überlasse man den geschulten Hufschmiedern. Man kann in der Praxis leider nur zu oft die Feststellung machen, daß durch allerlei Ursachen der Hufbeschlag und die Fohlenhufpflege nicht so erfolgen, wie sie unbedingt sein müßten. Durch einen unweckmäßigen Hufbeschlag werden Pferde häufig unbrauchbar.

Insbesondere sind Fehler, die sich in der Jugend durch unsachgemäße Hufpflege entwickeln, später schwer oder gar nicht mehr zu beseitigen. Es ist nicht zu verantworten, daß der Pferdehalter seine Fohlen im Stall bearbeiten läßt, denn das Fohlen steht im Stall sehr oft bis zum Fesselkopf oder gar bis zum Sprunggelenk in der Einstreu. Die Stellung und der Aufbau des Hufes kann vom Schmied im Stall daher nicht festgestellt werden. Aus diesem Grund ist es erforderlich, daß der Schmied das Pferd auf ebenem Boden erst im Stand und dann im Schritt beurteilt. Dann erst kann eine richtige Zubereitung des Hufes durchgeführt werden. Noch besser ist es natürlich, wenn das Fohlen schon gleich zur Schmiede kommt, um sich an den Betrieb in der Schmiede schon von Jugend auf zu gewöhnen. Nicht zu verstehen ist es, daß es Pferdehalter gibt, die ihre Fohlen noch nicht einmal aus dem Stall geführt haben. Der Erfolg ganz abgesehen von der falschen Aufzucht, ist erstens, daß die Fohlen stallblind

sind und zweitens eine unregelmäßige Schenkelstellung, verbogene und schiefe Hüfte haben. Hinzu kommt noch, daß der Strahl fault und verkümmert und der Wert solcher Tiere ständig sinkt.

Ferner ist es ein großer Fehler, wenn bei beschlagenen Pferden die abgegangenen Hufeisen zu lange liegen bleiben. Hierdurch wird der Huf zu groß, verliert seine natürliche Form und wird krumm und schief. Der Huf wächst über die Hufeisen hinweg, der Gang wird unsicher, weil die nachgewachsenen Hornteile auf die Weichteile des Hufes drücken. Später tritt dann Lahmheit auf. Deshalb ist es angebracht, daß der Pferdehalter schon aus eigenem Interesse sein Pferd mindestens alle acht Wochen beschlagen, oder wenigstens die Eisen umlegen läßt. Innerhalb dieser Zeit wächst nämlich das Hufhorn 2 bis 3 cm nach, reißt sich aber zum Teil an den Trachten ab, so daß die Hufsohle zu lang, das Fesselbein steil wird und ungleichmäßiger Belastung ausgesetzt ist. Eine Folge davon ist dann wieder eine Ueberanspannung der Gelenke, Sehnen und Bänder. Nach dieser Zeit muß der Huf wieder sachgemäß beschlagen werden, damit er zum Fesselstand und zur natürlichen Stellung der Gliedmaßen und zur Schwere des Pferdes paßt. Hierbei darf aber nur das schollige, lose Horn der Hufsohle entfernt werden. Die zu hohen Teile der Hornwand müssen gekürzt werden, dabei ist der Hornstrahl zu schonen.

Wird der Hufbeschlag in der oben erwähnten Zeit regelmäßig erneuert, wird das Pferd nie stolpern und lahmen gehen, es bleibt länger leistungsfähig, weil es sicher und bequem gehen kann.

Aus der Stadt Etlingen

Schutz gegen Kreuzotterbiß

Allenthalben, wo die Giftschlange Kreuzotter mehr oder weniger häufig vorkommt, fürchten jung und alt den verderblichen Biß dieses Reptils.

Die Stelle des Schlangenbisses erkennt man auf den ersten Blick. In die Augen fallen zwei einen Zentimeter voneinander entfernte, nadelspitze Einstiche mit kaum nennenswertem Blutaustritt, die von den Giftzähnen herrühren, und darunter zwei Reihen kleiner Punkte von den übrigen Zähnen.

Gewöhnlich ist beim Biß nicht rasch genug ein Arzt zur Stelle. Das Aussaugen des Bisses kann nur ein Mensch vornehmen, der keinerlei Wunden oder Hautreizungen im Rachen und Mund aufweist, da er sonst sekundär vergiftet werden würde.

Sind diese Vorsichtsmaßnahmen zur beginnenden Heilbehandlung gewissenhaft durchgeführt, so begibt sich der Patient, ohne sich besonders anzustrengen, auf dem schnellsten Wege nach Hause oder besser zum Arzt, um dessen sofortiges Eingreifen zu veranlassen.

Dr. W. S.

Am Mittwoch und Donnerstag

erscheint die Etlinger Zeitung aus den auf Seite 1 dargelegten Gründen in beschränktem Umfang. Anzeigenannahme wie üblich.

Filmstunde im Jugendheim

Am Donnerstag, 29. Mai, 19.30 Uhr läuft im Jugendheim der Film „Die Pfingstorgel“. Hauptdarsteller sind Maria Andergast, Hannes Stelzer. Auch Wochenschau und Kulturfilm werden vorgeführt.

Austausch mit Frankreich

Das deutsch-französische Austauschbüro Paris richtete an Bürgermeister Rummelpacher ein Schreiben, in dem es u. a. heißt: „Halten Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, es für möglich, in Etlingen oder Umgebung Familien zu finden, die junge Franzosen als zahlende Gäste aufnehmen könnten?“

Die Anfrage aus Paris fand in unserer Stadt sofort ein sehr erfreuliches Echo. Anlässlich der Pfingstfahrt der VHS nach Paris werden Bürgermeister Rummelpacher und VHS-Leiter Enlig den französischen Freunden schon eine Anzahl von Etlinger Familien nennen, die zu diesem Austausch bereit sind.

Ein Lieferwagen streifte

gestern Abend beim Überholen am Bahnübergang Erbprinzen einen haltenden Omnibus und richtete dadurch Sachschaden an.

Josef P. Kuhn liest „Adolf Kolping“

Der KKV veranstaltet am Mittwoch, 28. Mai, 20 Uhr im „Lamm“ einen interessanten literarischen Abend. Josef P. Kuhn wird an diesem Abend in sein Drama „Adolf Kolping“ einführen und dieses anschließend lesen.

Die 63 gratuliert

Josef Janoch, Marktstr. 8, vollendet am 27. Mai sein 67. Lebensjahr.

Bereins-Nachrichten

MGV „Liedertafel“ Etlingen. Wir verweisen nochmals auf die am Donnerstag, 29. Mai, stattfindende gemischte Chorprobe, pünktlich 20 Uhr im Vereinslokal. Ferner trifft sich der Festausschuß am Freitag 20 Uhr im Nebenraum des Gasthauses zum „Nagel“.

Arbeitergesangverein „Eintracht“. Die Karten für den Vereinsausflug am Pfingstsonntag werden am Donnerstag in der Zeit von 20 bis 21 Uhr im Vereinslokal Gasthaus zur „Krone“ ausgegeben.

Pflege bester Volksmusik

Stimmungsbericht vom Großkonzert der vereinigten Kapellen der Musikvereine von Etlingen, Busenbach und Reichenbach

Den Höhepunkt des Mai Volksfestes brachte das Großkonzert der vereinigten Kapellen von Etlingen, Busenbach und Reichenbach. Es war ein stattlicher Anblick; die blitzenden Blasinstrumente von 120 Musikern auf dem Podium der mit bunten Maibändern geschmückten Markthalle!

Schon hier wie in den übrigen Märschen von Rhode und Stempel zeigte sich die außerordentliche Spieldisziplin und klangliche Zucht der drei unter seiner Leitung stehenden Kapellen und der Fleiß vorbereitender Probenarbeit, ohne die eine solche Exaktheit des Zusammenspiels nie erreichbar wäre.

dende Wirkung des Schlußmarches, wo er statt der fehlenden Fanfaren seine zehn Posauern aufmarschieren ließ, die stehend das Thema des Meißnerschen Marsches in die Halle schmetterten, die Zuhörer von den Sitzen reißend, Triumph der Blasmusik!

Darzwischen standen Walzer und Potpourris. Man mag über Paul Linke's Musik denken wie man will, aber volksnah und einschmeichelnd sind seine Melodien, so sein Walzer „O Frühling; wie bist du so schön!“

Möge der ideale Zweck dieser Großveranstaltung im Etlinger Musikleben erreicht werden, die Mittel für die Erweiterung des Blasorchesters mit einem Streichkörper, für den noch die Instrumente fehlen, bald zu beschaffen!



Doppelgänger gesucht — und gefunden: Für den Film „Der keusche Lehemann“, der zur Zeit in Berlin-Spandau gedreht wird, hat die CCC-Filmgesellschaft Doppelgänger gesucht. Von den über 700 Doubles prominenter Schauspieler, die sich aus Westdeutschland und Berlin meldeten, werden sich u. a. zu den Vorwahlen stellen: Zehn Rühmanns, neun Sonja Ziemanns, sechs Birgels, 20 Albers usw.

Aus den Albau-Gemeinden Etlingenweiler

Aus dem Vereinsgeschehen des Turnvereins Etlingenweiler. Das am Himmelfahrtstag stattgefundene Trainingspiel zwischen der AH- und der I. Handballmannschaft des TVE endete mit einem 13:9-Sieg für die I. Mannschaft. Welch großes Interesse für diese Begegnung vorhanden war, bewiesen die zahlreich erschienenen Zuschauer.

Zur Einweihung der neuen Turnhalle in Reichenbach fahren am Pfingstmontag die Turner und Turnerinnen.

Oberweiler berichtet

Oberweiler. In der Nacht vom 23. auf 24. Mai wurde in mehreren Häusern in Oberweiler eingebrochen und etliche Sachen entwendet, z. B. Wäsche, Kleidung, Marmelade, Brot, Rauchfleisch und noch Geld dazu.

Die Renten für Monat Juni werden ausbezahlt: Mittwoch, 28. Mai, Versorgungs- und Angestelltenrenten, Freitag, 30. Mai, Unfall- und Invalidenrenten, jeweils von 9 bis 10 Uhr.

Die Heuernte ist in Oberweiler auch im vollen Gange. Der Gesangverein „Sängerbund“ machte gestern einen kleinen Maiausflug, wobei es lustig zugeht.

Es zogen Rasenspieler über den Rhein

Die Handballer spielten unentschieden 7:7, während die Fußballer 5:2 unterlagen

Es dürfte wohl das erste Mal gewesen sein, daß die beiden Kontrahenten im Etlinger Rasensport zu einer gemeinsamen Fahrt starteten und man darf das Unternehmen als glücklich bezeichnen, zumal es das gute Einvernehmen zwischen Fuß- und Handball in Etlingen unterstrich.

Gegen 10 Uhr startete die „Albtalperle“ mit den fidele Sportlern Richtung Karlsruhe, um bei Maxau den Rhein zu überqueren. Durch die freundlichen Pfälzländer ging es über Gernersheim der alten Stadt Speyer entgegen. Eine einstündige Rast gab Gelegenheit, vor allen Dingen den sehenswerten Kaiserdom zu besichtigen.

Programmgemäß ging die Fahrt nun Haßloch entgegen. Haßloch in der Pfalz dünkte allen infolge Unkenntnis als ein Dorf in üblichem Sinne. Man wurde jedoch bald eines anderen belehrt. Mit 14000 Einwohnern ist Haßloch das größte Dorf in der Bundesrepublik. Weitverzweigt mit den meist kleinen schmucken weißgetünchten Dorfhäusern und Höfen macht Haßloch einen guten Eindruck.

In einer Doppelveranstaltung im Friesenstadion vollzog sich am Nachmittag der sportliche Auftrag der Etlinger Mannschaften mit den Gastgebern. Hierbei fiel den Etlinger Handballern wohl die schwerste Aufgabe zu und man darf sagen, die Jugens haben sich glänzend geschlagen.

gen und Haßloch gegenüber. Die Gastgeber, die von dem ehem. Waldhöfer Traut trainiert werden, demonstrierten einen zweckmäßigen und zielstrebsenden Fußball, dem die Etlinger überraschenderweise nicht gleichwertig entgegenzusetzen konnten.

Wenn dann die Stimmung am schönsten ist und das Barometer immer höher klettert will — zumal dem Gastwirt sein Stammhalter durch einen Freitrunke noch begossen wurde —, ist die beste Zeit zum Aufbruch.

Blick in den Kühlraum der Milchzentrale Karlsruhe. Bis zur Ausgabe an den Milchhandel werden hier die Milch- und Joghurt-Flaschen kühl gelagert, bei einer Temperatur von 4 bis 6 Grad.



Foto: Erich Bauer, Karlsruhe

Mit soviel Sorgfalt wird in der Molkerie die Milch behandelt, bis zur Stunde der Verladung! Der fachlich ausgebildete, berufene Milchhändler verfügt ebenfalls über geeignete Kühlrichtungen. Die Hausfrau aber möge nun diese „Kühlkette“ nicht abreißen lassen.

die Milch behandelt, bis zur Stunde der Verladung! Der fachlich ausgebildete, berufene Milchhändler verfügt ebenfalls über geeignete Kühlrichtungen. Die Hausfrau aber möge nun diese „Kühlkette“ nicht abreißen lassen.

# SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

## Nachlassen der Kohlenknappheit Stahl ist dagegen immer noch knapp — Bericht der ECE

Als erfolgreiche Entwicklung bezeichnet die UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in ihrem Bericht über die Wirtschaftslage Europas im vierten Quartal 1951 und in den ersten Monaten 1952 das Nachlassen der europäischen Kohlenknappheit. Besonders hervorzuheben sei die Entwicklung der Kohlenförderung in der Bundesrepublik, wo im vierten Quartal 1951 fünf Prozent mehr Kohle gefördert wurden als im gleichen Zeitraum 1950. Diese Entwicklung habe auch in den beiden ersten Monaten 1952 angehalten. Es sei zu erwarten, daß eine erhebliche Kürzung der Kohleneinfuhren aus den USA möglich sein werde. Auch in Großbritannien habe die Kohlenförderung im Berichtszeitraum eine fünfprozentige Zunahme gezeigt.

Europas Sahlnknappheit sei dagegen noch lange nicht überwunden. Allerdings werde allgemein mit einer fühlbaren Verbesserung der Versorgungslage im zweiten Halbjahr 1952 gerechnet. Im ganzen gesehen habe sich die durchschnittliche europäische Rohstahl-Erzeugung vom zweiten zum vierten Quartal 1951 um 2,5 Prozent erhöht. (Einem Rückgang um 3,3 Prozent in Großbritannien standen Zunahmen von vier bis fünf Prozent in anderen Ländern gegenüber.) Die Stahlausfuhren nach den USA seien im gleichen Zeitraum um 350.000 Tonnen oder zwei Prozent der europäischen Stahlerzeugung zurückgegangen.

Die ECE stellt in ihrem Bericht weiter fest, daß in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung der Welt keine größeren Veränderungen eingetreten sind. Die Preisrückgänge auf dem Rohstoffsektor, das niedrige Volumen der US-Importe und der steigende Umfang der US-Exporte haben jedoch zu einer Vertiefung der internationalen handelspolitischen Probleme geführt. Die Indizes für die internationalen Warenpreise zeigten im letzten Quartal 1951 eine bemerkenswerte Stabilität. Anfang 1952 nahmen jedoch die vor allem von der Leichtindustrie verarbeiteten Rohstoffe ihre Abwärtsbewegung wieder auf. Bei Naturgummi, Textilfasern, pflanzlichen Ölen, Häuten und Zucker sanken die Preise in Dollar in der Zeit vom Dezember 1951 bis März 1952 in einigen Fällen unter das Niveau von 1949. Die Stieringpreise der gleichen Güter fielen sogar erheblich unter den Stand von 1949.

Das Gesamtvolumen der Exporte von 15 westlich orientierten europäischen Ländern, darunter auch der Bundesrepublik, war dem ECE-Bericht zufolge im Jahre 1951 im Durchschnitt um rund 15 Prozent größer als im Jahre 1950. Es übertraf den Stand von 1949 sogar um nahezu die Hälfte. Trotzdem hat sich die auffällige Ausweitung der Exporte, wie sie vor allem in den beiden letzten Quartalen 1950 zu beobachten war, im allgemeinen nicht fortgesetzt. Lediglich die Bundesrepublik, Holland, Norwegen und Finnland konnten im Verlauf des Jahres 1951 eine wesentliche Vergrößerung ihres Exportvolumens erzielen.

Im Falle der Bundesrepublik setzte sich die Erhöhung der Exporte zwar bis zum dritten Quartal 1951 fort, jedoch geschah dies in einem viel langsameren Tempo als vorher. Im Gegensatz zu der jahreszeitlich bedingten Tendenz gingen die Exporte der Bundesrepublik im vierten Quartal 1951 zurück. Die Abnahme der Exporte trat insbesondere bei Rohstoffen und Halbfertigwaren zu Tage, denen sich in den Monaten Januar und Februar 1952 dann auch dem Volumen nach ein Rückgang der Fertigwareneexporte anschloß. Wertmäßig gesehen konzentrierte sich der Exportrückgang auf die außereuropäischen Länder. Die deutschen Ausfuhren innerhalb Europas zeigten dagegen eine leichte Erhöhung, jedoch war dies dem ECE-Bericht zufolge allein auf spekulative Käufe französischer Importeure zurückzuführen.

In 14 OEEC-Ländern, darunter die Bundesrepublik, sowie in der Schweiz stiegen die Lebenshaltungskosten im vierten Quartal 1951 weiter an. Ausnahmen bildeten Finnland und Holland.

**Übertragung von Auslandsverpflichtungen**  
Die Bank Deutscher Länder weist erneut darauf hin, daß Zahlungsverbindlichkeiten westdeutscher Schuldner gegenüber Gläubigern mit Wohn- oder Geschäftsitz im Ausland den Devisenbewirtschaftungsgesetzen unterliegen. Unzulässig sei es insbesondere, daß der Schuldner an eine ihm vom Gläubiger genannte Person im Ausland den Schuldbetrag zahlt. Der ausländische Gläubiger sei ohne besondere Genehmigung nicht berechtigt, seine Forderung an einen Devisen-inländer abzutreten.

**Ausschluß der CSR aus der Weltbank?**  
Das amerikanische Außenministerium äußert zur Zeit die Möglichkeit, eine Ausschließung der Tschechoslowakei aus der Weltbank zu beantragen. Der Antrag soll unter Umständen bei der nächsten Jahresversammlung des Bankdirektors im September gestellt werden. Die CSR hätte nur noch ihre Mitgliedschaft in dieser Institution aufrecht, um als einziges Weltbank-Mitglied des Ostblocks die Sowjetunion auf dem laufenden halten zu können. Die Aberkennung der Mitgliedschaft könne notfalls damit begründet werden, daß die CSR ihre Interessenquote noch nicht voll eingezahlt habe.

## TuS Spinnerei — Alemania Ruppurr 2:2 (1:1)

Seit langer Zeit sah die Spinnereifeld nicht mehr in einer solch schlechten Verfassung wie am Sonntag. Zum Glück war die Hintermannschaft einschließlich Torwart einigermaßen in Form, sonst wäre eine eindeutige Niederlage nicht zu vermeiden gewesen. Die Gäste, die von Anfang an das Spielgeschehen diktierten, konnten nach 20 Minuten Spieldauer zur 0:1-Führung einschließen. Eine der wenigen Angriffe der Platzzeit erbrachte vor Seitenwechsel noch den Ausgleich. Nach der Pause waren es wiederum die Gäste, die mit forschen Angriffen das Sp-Tor brannten, aber keinen Erfolg hatten, da Keffler, Walzer und Fundis im Tor alle gut gemeinten Angriffe der „Alemania“ vorerst vereiteln konnten. Mitte der zweiten Spielhälfte gelang es den Gästen bis dahin ein weiteres verdientes Tor unterzubringen, und somit die 1:2-Führung erneut zu übernehmen. Nach diesem Erfolg der Ruppurrer steigerten sie ihre Anstrengungen noch mehr, um die Torausbeute — die am Spielgeschehen gemessen noch zu niedrig erschien — zu erhöhen, aber die drei vorgenannten Abwehrspieler, in erster Linie Keffler, wehrten sich was in ihren Kräften stand und mit Erfolg. In den letzten 15 Minuten kam dann die Wendung. Die Gastgeber, die bis dahin eine — mit wenigen Ausnahmen — defensive Rolle spielte, war auf einmal da, spielte und schoß auch aufs Tor, aber einmal war es die Querlatte, das andere Mal faustete der baumlange „Alemania“-Torhüter die sicher scheinenden Tore zu Ecken, die wiederum nichts einbrachten. Ein zügiger Angriff sechs Minuten vor Schluß erbrachte durch den Halblinken das 2:2-Endergebnis. Trotz dem unentschiedenen Ausgang konnte man sich an diesem Spiel der Einheimischen nicht erwärmen. Dieser Spieldaumen ist nur (wie schon einmal erwähnt) dem Mittelfeldler Keffler, Verteidiger Walzer und Torwart Fundis zuzuschreiben, die wirklich große Abwehrarbeit leisteten. Der Schiri leitete gut. Die II. Mannschaft kanterte ihren Gegner nach schönem Spiel mit 7:3 Toren nieder. -le-

## Süddeutschlands Boxer für die „Deutschen“

Nach Abschluß der süddeutschen Boxmeisterschaften der Amateure in Weinheim hat der Süddeutsche Sportschau die Vertreter Süddeutschlands (Bayern, Württemberg, Nord- und Südbaden) für die deutschen Meisterschaften (6.—8. Juni in Stuttgart) nominiert. Süddeutschland wird durch folgende Boxer vertreten: Fliegen: Basel (Nordbaden), Korschewski (Württemberg); Bantam: Scholz (Württemberg), Schlegel (Bayern); Feder: Roth (Nordbaden), Müller (Württemberg); Leicht: Schumacher (Nordbaden), Grabarz (Württemberg); Halbwelter: Feuchter (Nordbaden), Hömann (Württemberg); Welter: Bommer (Bayern), Rienhard (Württemberg); Halbmittel: Reuch (Württemberg), Bödel (Württemberg); Mittel: Herdogen (Bayern), Kobi (Baden); Halbschwer: Pfirrmann (Nordbaden), Kistner (Bayern); Schwer: Witterstein (Bayern), Schreiber (Bayern).

## Erfolgreiches Mannheimer Radrennen

Die von RBC „Kendspurt“ Mannheim auf der Phoenix-Kampfbahn veranstalteten großen Radrennen wurden zu einem ansehnlichen Erfolg für die Fahrer und den Radrennsport. Im Fliegerhauptfahren setzte sich der Schweinfurter Ziegler in dem erlesenen Feld erstklassiger Fahrer durch und vertrieb Dangel, Höcker und Barth auf die Plätze. Im Mannschaftsfahren siegte das Dudenhofen-Mannheimer Paar Backof-Schönung gegen die erbittert kämpfenden Badstübener-Scholl und Höcker-Hain, während das ausgezeichnete Laudaer Paar Uhlmeier-Schmidt das Jugendmannschaftsfahren über 20 km vor den Mannheimer Gebrüdern Altig gewann.

## Pfalz gewinnt Hockey-Vergleichskampf

In einem Hockey-Vergleichskampf Pfalz gegen Baden siegte die pfälzische Auswahl nach abwechslungsreichem Spiel glücklich, aber verdient mit 3:2 (1:1) Toren.

## Bei den badischen Keglermeisterschaften auf Asphaltbahn in Weinheim wurde die Einzelmeisterschaft der Frauen von Elfride Lutz (Lampertheim) mit 545 Punkten gewonnen. Das Männer-einzel ließ sich Mauer Ebert (Weinheim) mit der guten Leistung von 137 Punkten nicht nehmen.

## Die Toto-Quoten vom Sonntag

Im 42. Toto-Wettbewerb des West-Süd-Blockes gingen insgesamt 4.238.693,35 DM ein. In der Zwölfer-Wette antizipierten im 1. Rang auf 46 Gewinner je 9.569,30 DM, im 2. Rang auf 989 Gewinner je 453,90 DM, im 3. Rang auf 12.094 Gewinner je 34,20 DM. In der Zehner-Wette gewannen im 1. Rang 215 Teilnehmer je 1.245,30 DM, im 2. Rang 5.084 Teilnehmer je 52,50 DM, im 3. Rang 47.153 Teilnehmer je 5,50 DM.

## Erste USA-Niederlage der Kickers

Die Stuttgarter Kickers unterlagen in New York in einem Fußballfreundschaftskampf gegen den englischen Fußballmeister Manchester United mit 2:5 Toren. Die Kickers haben damit im vorletzten Spiel ihrer Amerikareise ihre erste Niederlage bezogen.

## Olympische Prüfungen der Turnerinnen

Die olympischen Prüfungen der Turnerinnen in Wuppertal boten, obwohl sie mit Überraschungen endeten, hervorragende turnerische Leistungen. Durchwegs konnten sich die Favoritinnen, da sie bei Übungen am Schwebebalken Feh hatten, nicht durchsetzen und zum Teil auch nicht unter den zehn Ersten placieren. Im einzelnen placierten sich als sichere Kandidatinnen für die olympische Vorwoche in Berlin, wo die endgültige Riege (acht Frauen und zwei Ersatzleute) aufgestellt werden, als erste Anna Grages (Borste bei Verden an der Aller) 76,99 Punkte; 2. Irma Walter-Nürnberg 75,79; 3. Martha Richter-Nürnberg 75,70; 4. Elisabeth Seeling-Lenzing-Mettmann 75,45; 5. Irmhild Lücke-Osabrück 75,30.

## Sowjet-Frauen Basketball-Europameister

Die Mannschaft der Sowjet-Union konnte bei den in Moskau stattfindenden Frauen-Basketball-Europameisterschaften ihren Titel erfolgreich verteidigen. Im entscheidenden Spiel schlugen die sowjetischen Frauen die Mannschaft der Tschechoslowakei mit 52:29. Die Tschechoslowakei kam damit vor Ungarn auf den zweiten Platz. Bulgarien, Polen, Italien, Frankreich, die Schweiz, Österreich, Rumänien, Finnland und Ostdeutschland belegten die nächsten Plätze.

## Fokalspiele am Mittwoch

Gruppe 1: Eintracht Frankfurt — Bad Homburg; Gruppe 2: VfR Mannheim — SV Wiesbaden.

**Beilagehinweis.** Unserer heutigen Ausgabe liegen Typsetz des 43. WB-Totos bei, die wir der Beachtung unserer Leser empfehlen.

## Obstgroßmarkt Oberkirch

Preise am 25. 5.: Apfel — ; Kirschen 30-55; Erdbeeren 58-134

## Marktbericht der Obst- und Gemüseerzeuger- und Absatzgenossenschaft Bruchsal

Spargelpreise am 25. Mai 1952  
Spargel I 161—172; II 125—140; III 103—115  
IV 46—60. Anfuhr 100 Ztr Nachfrage gut.

## Württ.-Badische Marktrundschau

Wochenbericht vom 19. bis zum 24. Mai

Allgemeine Marktübersicht: Infolge der anhaltend kühlen Witterung erfuhren die Gemüseanlieferungen nicht die erwartete Steigerung, so daß insbesondere in der zweiten Hälfte der Berichtswache die Angebote bei teilweise leicht anziehenden Preisen, mit Ausnahme von Grobgemüse und Suppengemüse ohne Überstände aufgenommen wurden. Auf den Obstmärkten blieb dagegen die schon in der Vorwoche festgestellte flau kaufende weiterhin bestehen. Die Anlieferungen in einheimischem Frühsobst beschränkten sich noch auf mengenmäßig unbedeutende Erstlingspartien in Erdbeeren aus Mittelbaden und Kirschen von der Bergstraße.

**Einheimische Erzeugnisse:** Obst: An Inlandspreise standen nur noch kleine Partien Champagner- und Glaxnetten sowie Bohnäpfel zum Verkauf. Das Angebot an Freiland-Erdbeeren nimmt aus Witterungsgründen nur langsam zu. Gemüse: In Kopsalat entsprachen die Zufuhren bei guter Nachfrage nicht ganz dem Bedarf. Am Wochenende wurden, je nach Qualität, auf dem Erzeugermarkt für Winterkopsalat 0,65—0,69 DM, für frühen Freiland-Kopsalat 0,19—0,13 DM je Stück notiert. Spizal war knapp und erzielte deshalb einen Erzeugerpreis von 0,28—0,39 DM je 1/2 kg. Für Treibsalatgurken konnte sich der zum Wochenbeginn auf 0,35 DM je Stück abgesunkene Erzeugerabgabepreis auf 0,45—0,80 DM je Stück erholen. Früh-Blumenkohl erschien noch wenig am Markt, der Erzeugerabgabepreis betrug, je nach Qualität, 0,30—0,85 DM je Stück. Bei Kohlrabi, Treib-Karotten, Bund- und Stöckkretsch war die Marktlage im allgemeinen ausgeglichen. Kohlengemüse fand wenig Beachtung in Sellerie und Lauch sind die überwinterten Bestände nahezu geräumt.

Rheinwasserstand am 26. 5.: Konstanz 363 (—2)	Reinfelden — (—)	Breisach 220 (—2)
Sträßburg 282 (—8)	Maxau 448 (—4)	Mannheim 312 (—4)
	Caub 223 (+1)	

## Wettervorhersage

Dienstag und Mittwoch überwiegend stark bewölkt und immer wieder etwas Niederschlag. Tagestemperaturen kaum über 15 Grad ansteigend, nächtliche Tiefsttemperaturen zwischen 5 und 10 Grad. Westliche bis nordwestliche Winde.

**Barometerstand:** Veränderlich

**Thermometerstand (heute früh 8 Uhr):** +11°

## ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb-  
gau. Verantwortlicher Herausgeber:  
A. Graf. — Druck und Anzeigen-  
Annahme: A. Graf, Ettligen, Schöll-  
bronner Straße 5, Tel. 37 487  
Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen-  
Kraus oHG., Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 713



# VOM BOX-SPORT

## Hugo Ruf 2. Südd. Meister 1952 im Bantamgewicht

Bei den Südd. Meisterschaften der Amateure am 24. und 25. Mai in Weinheim erkämpfte sich der sympathische Hugo Ruf vom BSV Ettligen den Titel eines 2. Südd. Meisters im Bantamgewicht. Schon am Samstag hatte Ruf einen äußerst starken und dazu noch großen Gegner mit langer Reichweite, was aber den zähen und ehrgeizigen BSV-Mann nicht erschüttern konnte. Gut von seinem Sekundanten eingestellt, griff er seinen Gegner Hugo vom Boxring Singen a. Hohentwiel energisch im Nahkampf an, schlug saubere linke Gerade und schwere rechte Hacken auf Kopf und Körper seines Gegners, die der große Südbadener im Verhältnis gut verdaute, bis eine rechte Gerade von Ruf das linke Auge zielsicher traf. Erste Runde glatt durch sauberes Boxen und genaues Treffen an Ruf. Die zweite Runde brachte einen selten gesehenen Schlag austausch. Fuß an Fuß versuchte jeder Kämpfer seinen Vorteil, bis Ruf krachend eine Rechte am Kopf von Hugo landete. Das gab dem Ettlinger noch mehr Auftrieb und er machte das Tempo, was dem objektiven Publikum sichtbar gefiel, denn alle Sympathien galten dem kleineren Nordbadener. Auch diese Runde ging an Ruf. In der dritten ging er voll zum Angriff, zum totalen Nahkampf, was einzig richtig war. Pausenlos hämmerte er auf den Gegner ein, war äußerst flink, mußte jedoch auch einen Volltreffer auf den Kopf hinnehmen, doch war nach diesen drei Minuten seine Führung so klar, daß sein Sieg starken Beifall fand. Hugo (Singen) hatte

sich prächtig geschlagen, doch dem Angriffsgeist von Ruf (Ettligen) konnten auch seine langen Arme nicht aufhalten. So hatte sich Ruf durch eine ganz große Leistung ins Finale am Sonntagmittag den Weg gemacht.

An diesen Endkampf werden noch alle Zuschauer denken, denen der unheimlich starke Rechtsausleger Scholz-Prag (Stuttgart) mußte alles, aber auch alles hergeben, um Ruf hauchdünn nach Punkten zu schlagen. Ein Rechtsausleger ist für einen Normalboxer immer eine gefährliche Sache und so konnte der Ettlinger auch schlecht an den Prager herankommen. Die zweite Runde sah zwei sehr harte Figher im ständigen Schlagaustausch und es sah so aus, als wenn Ruf die erste Runde aufholen würde, doch der starke Scholz hatte am Samstag nicht diesen starken Gegner wie Ruf, so daß er leichtes in die Endkämpfe kam. Auch die dritte Runde ging nur knapp an den Stuttgarter, der noch etwas mehr Reserve hatte.

Der Erfolg des Badischen Meisters Ruf ist doch groß, der nach über 70 Kämpfen in seiner Laufbahn erreicht wurde. Nun hat der zähe und ehrgeizige und überall beliebte Mann die schwere Aufgabe, in Stuttgart am 6. und 7. Juni auf der „Deutschen“ Süddeutschland als zweiter zu vertreten, wozu wir ihm heute schon alles Gute wünschen. An dem Erfolg nimmt aber auch sein Trainer Werner Täuscher (Karlsruhe) teil, der Ruf in letzter Zeit sehr verbessert. Der Box-Sportverein Ettligen hat alles Recht, diesen Erfolg gebührend zu feiern, der den Namen Ettligen im gesamten Boxsport bekannt machte. M.

**CAPITOL** Heute um 20.00 Uhr  
„Ruf aus dem Äther“  
Ein Gebirgsfilm aus dem österreichisch-schweizerischen Grenzgebiet. Mittwoch und Donnerstag 20.00 Uhr  
„Hab mich lieb“  
mit Marika Röck, Mady Rahl, Aribert Wäscher, Viktor Staal

**ULI** Heute 18.15, 20.30 „Wildwestbanditen“  
Mittwoch und Donnerstag 18.15, 20.30 Uhr  
„Meisterringer“  
mit Hans Moser, Franz Berndt, Paul Berger und anderen

**ZU VERMIETEN**  
Heller Raum  
(64 qm) als Werkstatt geeignet, mit großem Hofplatz, in Stadtmitte zum 1.6. zu verm.  
Zu erfr. unter 1950 in der EZ

**Haarausfall** Schuppen Kopflücken?  
Naturprodukte von Holopothaler  
schießer. Echtes Brennöl und  
Silberhaarwasser „Maliengold“,  
seit vielen Jahren bewährt.  
Flaschen mitbringen! 1/2 Liter =  
DM. 0,90. Nur zu haben bei  
Badenia-Drogerie Rud. Chamnitz  
Ettligen, Leopoldstr.

Der gute  
**Pfingst-Strumpf**  
Benger - Kunert - Bi

Sommerkleider  
Popeline-Mäntel  
in reicher Auswahl

DAS ALTSOLIDE  
**Kauf für Bekleidung**  
**A-STREIT**  
Ettligen

Ihre **EINZELMÖBEL**  
auf Hausratshilfe kaufen Sie günstig bei  
**EMIL GROS**  
ETTLINGEN - Schöllbronner Straße 37

**Lohn- u. Kirchensteuerabelle**  
für Monats-, Wochen- und Tageslohn  
gültig ab 1. Januar 1952 zu DM 1.50  
Jahres-Lohn- u. Kirchensteuerabelle  
für 1951 ————— DM 1.50  
Notopfer-Berlin-Tabelle  
gült. ab 1. April 1952 zu DM -90 u. 1.20  
Buchdruckerei A. Graf, Ettligen, Schöllbr. Str. 5

### Aus den Nachbarländern

**Auch Adenauer erstattete Anzeige**  
Verhandlung gegen Feller verschoben  
Frankenthal (rhp). Von der Großen Frankenthaler Strafkammer wurde die Verhandlung gegen den ehemaligen Wiederaufbauminister von Rheinland-Pfalz und Ludwigshafener KPD-Stadtrat Willi Feller auf den 28. Juni vertagt.

Feller wird beschuldigt, an zwei verschiedenen Tagen im September 1951 in Ludwigshafen Polizeibeamte beleidigt zu haben. Außerdem habe er nach Angaben der Staatsanwaltschaft Behauptungen aufgestellt, die geeignet seien, die Beleidigten in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen und auf Angehörige eines öffentlichen Sicherheitsorgans einzuwirken versucht, um die pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze des Bestandes und der Sicherheit der Bundesrepublik und der verfassungsmäßigen Ordnung des Bundes und eines Landes zu untergraben. Gegen Feller waren von dem Ludwigshafener Polizeidirektor Stallmann, von dem Chef der Ludwigshafener Kriminalpolizei Fröhlich, vom Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz und von Bundeskanzler Dr. Adenauer Anzeigen erstattet worden.

Feller hatte ferner behauptet, von Ludwigshafener Polizeibeamten seien Frauen und Kinder mißhandelt worden. Die Verhandlung wurde vertagt, weil zwei von Feller benannte Zeugen nicht erschienen waren.

### Arm in Arm gegen einen Baum

**Ohne Führerschein einen LKW gefahren**  
Kaiserslautern (rhp). Der 16jährige Schreinerlehrling Ludwig Schäfer aus Otterbach (Kreis Kaiserslautern) wurde das Opfer einer Spritztour, die der 17jährige Werner Gödtel aus Mohrbach mit dem Lastkraftwagen seines Vaters unternahm.

Neben diesen beiden Jugendlichen befanden sich noch drei andere in dem Fahrzeug, mit dem Gödtel plötzlich auf der rechten Straßenseite gegen einen Baum und dann in den Straßengraben fuhr. Der Wagen kippte um, und der umgerissene Baum stürzte über das Fahrzeug. Die vier Insassen wurden erst durch Passanten aus ihrer unglücklichen Lage befreit. Außer Schäfer, der kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus seinen Verletzungen erlag, wurde ein weiterer Insasse schwer verletzt. Die übrigen kamen mit leichten Verletzungen davon.

Nach den Aussagen eines der beteiligten Mädchen war sie im Augenblick des Unfalles von dem Fahrer mit einem Arm umschlungen worden. Der 17jährige, der das Fahrzeug mit einer Hand, aber ohne den erforderlichen Führerschein steuerte, hatte wahrscheinlich vorher, ebenso wie die übrigen Beteiligten Alkohol getrunken. Gegen Gödtel wurde Haftbefehl erlassen.

### Schwerer Unfall bei illegaler Fahrt

**Pirmasens (rhp).** Der 17jährige Josef Bohn und der gleichaltrige Kurt Brödel aus Rodalben (Kreis Pirmasens) hatten das Motorrad eines Amerikaners gestohlen und wollten damit eine Spritztour unternehmen. Die illegale Fahrt endete jedoch bald, denn beide prallten gegen einen Baum. Bohn starb kurze Zeit nach dem Unglücksfall an einem Schädelbruch. Brödel kam ohne Verletzungen davon und wurde von der amerikanischen Militärpolizei festgenommen.

### Baukosten können gesenkt werden

**Der Deutsche Tischlerstag 1952**  
Bad Dürkheim (rhp). Der Referent für Bauwirtschaft und Bauprogramm im Bundesministerium für Wohnungsbau, Dr. Dißmann, erklärte auf dem Deutschen Tischlerstag 1952 in Bad Dürkheim, daß eine Kostensenkung auf dem deutschen Baumarkt notwendig und auch möglich sei. Die theoretische Bauforschung habe die Möglichkeit aufgezeigt, auf dem Wege der Normung eine Kostensenkung um 10 Prozent zu erreichen. Dr. Dißmann sagte ferner, es sei nicht möglich, noch mehr öffentliche Gelder für den Wohnungsbau bereitzustellen.

Ein Sprecher der Tischler warnte vor einem schematischen Großbauwesen. Bei der Auftragsverteilung müsse das Ziel, gesunde Wohnungen zu bauen, erreicht werden. Dieser Grundsatz müsse auch bei der weiteren Rationalisierung der Bauwirtschaft zu Grunde gelegt werden. Bei der Arbeitsverteilung müsse darauf geachtet werden, daß sie nicht auf Kosten des Arbeitsmarktes und zu Gunsten der Übermechanisierung gehe. Dr. Hermann Wellmann, der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des deutschen Handwerks, plädierte für die Wiedereinführung des großen Befähigungsnachweises, eine positive Handwerkför-

derung, die Bereitstellung ausreichender Bundesmittel hierfür und ein Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit.

### Bundestagung des Farbengroßhandels

Neustadt/Weinstraße (rhp). Der Lack- und Farbengroßhandel des Bundesgebietes habe im Jahre 1951 einen Umsatz von 400 Mill. DM gehabt, teilte der Geschäftsführer, Dr. P. Schwenger, auf einer Bundestagung in Neustadt mit. Die dem Fachverband angeschlossenen tausend Firmen beliefern über 50 000 Malerbetriebe. Da das Submissionswesen statt zur wirtschaftlich besten zu der nominell billigsten Leistung zu führen drohe, so sagte Dr. Schwenger weiter, sei eine der wesentlichsten Forderungen des Großhandels die Erhaltung der Qualität. Zwei Drittel der Aufträge würden von der öffentlichen Hand vergeben.

### Eine textilwirtschaftliche Tagung

**Textilindustrie wieder konkurrenzfähig**  
Stuttgart (rhp). Die deutsche Textilindustrie habe wieder ihren Platz auf dem Weltmarkt, erklärte der Vorsitzende des „Gesamtverbandes der deutschen Textilveredelungsindustrie“, Dr. Guido Ziersch, auf einer Pressekonferenz. Die Textilindustrie werde im Übrigen in den nächsten Monaten für gewisse Erzeugnisse Gütezeichen einführen, um den Käufern die gute Qualität der gekauften Waren zu gewährleisten.

Die Veredelungsindustrie auf dem Textilsektor befinde sich nach Mitteilung von Dr. Ziersch in einer gespannten wirtschaftlichen Situation, da das unbeständige Kaufbedürfnis des Publikums keine vorausschauende Planung und Lagerhaltung zulasse. Die Lage werde durch das Fehlen eines funktionsfähigen Großhandels noch verschärft. Mit Sorge beobachte man auch den zunehmenden Import ausländischer Kammgarne. Dr. Ziersch sagte, die Textilveredelungsindustrie habe im vergangenen Jahr durch die Erhöhung der Kohlenpreise rund 30 Millionen DM zuzuführen für Kohle bezahlen müssen. Dies entspräche der Summe, die dieser Industriezweig jährlich investiere.

### Deutsche von US-Soldat vergewaltigt

**Der Täter wurde festgenommen**

Böblingen (rhp). Eine 28jährige, in der Panzerkaserne in Böblingen beschäftigte Verkäuferin wurde am hellen Mittag im Wald zwischen der Panzerkaserne und Mühlberg von einem amerikanischen Soldaten vergewaltigt. Bereits nach zweistündiger Ermittlung der Kriminalpolizei und des CIC konnte der Täter, ein amerikanischer Soldat aus der Fliegerhorstkaserne in Böblingen, ermittelt und festgenommen werden. Die Verkäuferin war am Vormittag von einem Amerikaner, der einen Dodge-Wagen fuhr, angehalten worden. Der Soldat bot ihr an, sie zur Panzerkaserne zu fahren. Er bog aber kurz vor der Kaserne ab, fuhr in den Wald, hielt dort an und veranlaßte das Mädchen zum Aussteigen. Unter Gewaltanwendung zerrte er sie in den Wald und verging sich an ihr. Bei der heftigen Gegenwehr des Mädchens trug der Soldat Kratzwunden im Gesicht davon, an denen er wenige Stunden später erkannt wurde.

### Zwei Kinder durch Explosion getötet

**Sie spielten mit Zündhölzern und Pulver**  
Uhingen, Kra. Göppingen (ZSH). In Uhingen kam es zu einer schweren Explosion, bei der zwei Knaben im Alter von sieben Jahren den Tod fanden. Die Knaben waren vermutlich durch ein offenes Fenster in einen Lagerschuppen am Bahnhof Uhingen geklettert, um in dem Schuppen zu spielen. Neben Baumaterial lagerte in dem Schuppen auch eine größere Menge Schwarzpulver. Die beiden Knaben spielten in dem Schuppen mit Zündhölzern (die später auf der Unglücksstelle gefunden wurden) und kamen vermutlich dem Pulver zu nahe. Eine schwere Explosion hob das Dach des Schuppens empor, der darauffolgt in sich zusammenbrach. Die Kinder wurden mit sehr schweren Verbrennungen ins Kreis Krankenhaus eingeliefert, wo sie noch am gleichen Tage ihren Verletzungen erlagen.

### Der „Blutritt von Weingarten“

Weingarten (UP). Mehr als 2000 berittene Pilger und Zehntausende von Wallfahrern aus Südwestdeutschland und den benachbarten Gebieten Österreichs und der Schweiz nahmen am traditionellen „Blutritt von Weingarten“ teil. Die Reiter-Procession, die mit ihren zum Teil jahrhundertalten historischen Kostümen und zahlreichen mitgeführten Kirchenlandarten ein farbenprächtiges Bild bot, dauerte fast fünf Stunden. Die Festpredigt und das Pontifikalamt hielt der Bischof von Mainz, Dr. Storr.

### Badische Anilin- und Sodafabrik — Stadt der Chemie

**Die Kohle als wichtigster Grundstoff des weltberühmten Werkes**

Auf einer Fläche so groß wie ein ostpreussisches Rittergut liegt der Werkskomplex der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF) in Ludwigshafen. Das Werkgelände umfaßt 900 Hektar und erstreckt sich etwa 6,5 km am Rhein entlang. Es ist ein Rittergut, auf dem die Mechanisierung Trumpf ist und die schöpferische Kraft der Ackerkrume in die Retorte eingefangen wurde.

Die Lebensader des Werkes ist der Rhein. Die BASF besitzt Kais mit Umschlageeinrichtungen mit einer Länge von über sechs Kilometern und verfügt über eigene Tankschiffe. In den Kais werden Steinkohle, Braunkohle und Koks empfangen. Der gesamte Bergbau der Bundesrepublik arbeitet im Jahr allein zweieinhalb bis drei Tage für die Versorgung der BASF. Die Kohle gilt hier nicht nur als Brennstoff für die drei Kraftwerke, sondern bedeutet gleichzeitig einen wichtigen chemischen Rohstoff.

Neben Kohle kommt in der Hauptsache Pyrit für die Schwefelsäuregewinnung, ferner Kalk für die Düngemittelherzeugung und die Karbidfabrik auf dem Wasserwege an. Verladen werden in der Hauptsache Schwefelkiesabbrände, die neben Eisenoxyd noch andere Metalle enthalten. Hinzu kommt ein umfangreicher Düngerverkehr und der Stückgutverkehr den Rhein abwärts nach Rotterdam und Antwerpen.

Im Vergleich zu den gesamten Rohstoffeinkäufen des Werkes, die mit der Bahn, dem Schiff und Auto ankommen, und der Ausgangsmenge an Verkaufsprodukten ergibt sich ein Plus von 200 000 Tonnen jährlich auf der Produktionsseite. Der Organismus der Fabrik versteht es nämlich, sich die Rohstoffe — Sauerstoff, Stickstoff und Wasserstoff — aus der Luft und aus dem Wasser zu holen. Dafür wird Kohlenstoff in Form von Kohlenäure in die Atmosphäre abgegeben.

Der Rhein speist auch die Lebensader des Werkes. In seinen Straßen liegen nebeneinander die Leitungen für ungefiltertes Rheinwasser, gefiltertes Rheinwasser, Trinkwasser, Brunnenwasser und Abwasser. Das Werk braucht 20mal soviel Wasser wie die Großstadt Ludwigshafen. Bei einer durchschnittlichen Wasserführung des Rheins sinkt der Rheinwasserspiegel durch die Entnahme der BASF um zwei bis drei Zentimeter.

### Ein einziger „Rangierbahnhof“

Man kann die BASF beinahe als einen einzigen „Rangierbahnhof“ bezeichnen. 40 Lokomotiven und mehr als eintausend Eisenbahnwaggons besorgen den Hauptteil des internen Rohstoffverkehrs, der jährlich an sieben Millionen Tonnen heranreicht. Dabei sind nicht die bedeutenden Mengen an Gas und Flüssigkeit einbezogen, die ständig durch das weitverzweigte Rohrleitungssystem zirkulieren. 200 Kilometer umfaßt das werkeigene Eisenbahnnetz. Für den Außentransport stehen neben dem Lastwagenpark mehr als 1 200 Kesselwaggons zur Verfügung. In dieser „Stadt der Chemie“ mit ihren 38 Kilometern Straßennetz geht es nicht anders zu als in irgendeiner Stadt, in der zu gewissen Zeiten 34 000 Menschen beschäftigt sind — und doch ist es etwas anderes. Bei jedem Schichtwechsel herrscht ein außerordentlicher Stoßverkehr.

680 Millionen Mark Umsatz

Die geschäftliche Entwicklung der BASF, deren Nachkriegsstart durch die Zerstörungen sehr schwierig war, wurde mit der Währungsreform wieder gefestigt und beginnt in ihre alte Bedeutung hineinzuwachsen. Der effektive Umsatz näherte sich 1950 der Grenze von einer halben Milliarde Mark, während er im vergangenen Jahr 680 Millionen DM betrug. Heute wird ein Drittel des Verkaufs exportiert. Der Grundsatz, nicht „Geschäfte zu machen“, sondern Geschäftsfreunde zu gewinnen, hat der BASF viele treue Kunden in der Welt erhalten. Durch 65 Bombenangriffe im letzten Krieg waren von den 1 500 Gebäuden nur sechs Prozent unbeschädigt geblieben. Die Kapazität war dadurch auf 40 Prozent zusammengeschrumpft. Die Explosionschäden betragen 80 Millionen DM, während die Kriegsverluste mit 400 Millionen DM angegeben werden. Seit Kriegsende hat die BASF wieder 1 800 Erfindungen patentieren lassen.

### Veranstaltungen im Amerika-Haus Karlsruhe

Am Mittwoch, 28. Mai, um 15 Uhr Jugendfilmstunde, 20 Uhr Liederabend mit der amerikanischen Sängerin Larra Browning. Donnerstag, 29. Mai, 20 Uhr Studioaufführung „Vom Manuskript zur Sendung“. Am Freitag, 30. Mai, bleibt das Amerika-Haus geschlossen.



**Nellie Fuchskinde:**  
Als Ersatz für ihre vier aus ihrer Hütte gestohlenen Jungen holte sich die Spanielhündin Nellie fünf junge Füchse aus dem Wald, die sie dann „bemutterte“. Nellie holte sich die kleinen Füchse einzeln, so daß man daraus auf einen Kampf zwischen der Hündin und der Fuchsmutter schließen mußte. Oder glaubte Nellie etwa, daß die Füchsin ihre Jungen gestohlen hatte?

### Lest die Ettliger Zeitung

### Ein praktischer Schnellspannstock für die Serrionfabrikation

In Fabrikationsbetrieben, die auf Serien- und Massenfertigung eingestellt sind, wo bei der Serienfabrikation kleiner Einzelteile geringfügige Arbeitsgänge auftreten, scheiden die normalen Spannwerkzeuge wegen der zu langen Spannzeiten aus. Für derartige Bedarfslagen der Praxis sind unter der Bezeichnung „Electrostar-Schnellspannstock“ zeit- und sparsame Geräte geschaffen worden, die für Werkzeugmaschinen aller Art sowie bei zahlreichen anderen mechanischen Arbeitsvorgängen mit Vorteil herangezogen werden können, da sich deren Einsatz durch die verkürzten Spannzeiten von selbst bezahlt macht.

Dieser Schnellspannstock ist so konstruiert, daß ein einziger Handgriff am Spannhel die absolut satte Spannung und damit einen sicheren und festen Sitz des zu bearbeitenden Werkstückes bewirkt. Der Spannstock besitzt seitliche Aussparungen, vermittels deren eine Verschraubung an den jeweiligen Arbeitstisch der Werkzeugmaschine ermöglicht wird. Die Spannweite des Spannstocks läßt sich schnell und einfach dadurch verstellen, indem der Handgriff nach links bis zum Anschlag geschwenkt, die Sperrklinke nach rechts gedrückt und gleichzeitig der Handgriff in einem Ruck nach rechts geworfen wird. Der Schnellspannstock wird durch Anziehen der Deckscheibe festgestellt; er wird in sieben verschiedenen Typen hergestellt und in den Backenbreiten von 80 bis 150 mm, in den Spannweiten von 80 bis 150 mm und in den Backenhöhen von 30 bis 50 mm geliefert. Das Gewicht beträgt je nach Type zwischen 6,5 bis 38 kg.

Unter der gleichen Bezeichnung ist ein Maschinen-Schraubstock herausgebracht worden, durch den die Arbeitsverhältnisse und die Arbeitsleistung in jeder Werkstatt und in jedem Betrieb, besonders im Vorrichtungswerkzeug-, Modell- und Schaltbau, wesentlich verbessert werden können; er ist deshalb für alle Werkzeugmaschinen gleich gut geeignet und horizontal und vertikal drehbar. Der vertikale Schwenkteil des Electrostar-Maschinen-Schraubstocks kann durch ein eingebautes Schneckengetriebe wahlweise mit der Hand oder automatisch geschaltet werden. Der höchste Punkt der Spannbachse liegt in der Mittellinie der vertikalen Drehrichtung; es ist dadurch möglich, daß Radien und Winkel beliebigen Grades bearbeitet werden können. Für diese Arbeiten kann der Schraubstock durch einen Fixierstift in der Nullstellung festgehalten werden. Das Aufspannen einer einfachen Hilfsvorrichtung, die kostspielige Bohrühren überflüssig macht, wird durch eine durchgehende Nute in der oberen Fläche des Schwenkarmes ermöglicht. Die Backenbreite des Maschinen-Schraubstocks beträgt 160 mm, die Spannweite 150 mm, das Gewicht ca. 40 kg.

**Seifix**  
Edelbohnerwachs  
in der Dose  
sparsam bis zum  
letzten Rest

**ZU VERKAUFEN**  
Junge Kuh, Tbc.-frei, zu verkaufen.  
Spessart, Brunnenstraße 5

**Heute Schlachttag**  
im  
Gasthaus zum Kreuz

Inferate werden nicht nur gelesen, man spricht auch davon. Beim Einkauf berücksichtigt man die Inferenten u. bezieht sich auf die Ettliger Zeitung

**BEKANNTMACHUNGEN**

**Arbeitsamt Karlsruhe (offene Lehr- und Anlernstellen)**  
Zementeur, Zimmerer, Kunststeinhersteller, Maler, Schreiner, Kolladenmacher, Kütter, Wagner, Polsterer, Sattler, Tapezierer, Gärtner, Bäcker, Konditor, Bienenkocher, Schneider, Fleischer, Kellner, Tankwart, Kaufmann (Einz. 1943), Industriekaufmann, Dekorateur, Droger, Chemiebetriebsingenieur, Haf- und Wagenschmid, Schmuckpolier, Bauschlosser, Küblerbauer, Autoblechner, Siedler, u. Inst., Fahrradmechaniker, Kfz-Handwerker, Elektro-Inst., Techn. Zeichner.  
Sprechstunden der Berufsberatung und Lehrstellen-Vermittlung  
für Knaben Montag und Donnerstag von 8 - 12 Uhr  
für Mädchen Dienstag und Freitag von 9 - 12 Uhr

gegen **Kopfschmerz**: **PETRIN**

**ZUR Schlankheit**  
DER  
in Bisco-Zitron-Schlankheitszucker. - Angenehm in der Anwendung. 8 Pfd. Gewichtszunahme in 30 Tagen. Kein Abführmittel, keine Pillen. Viele Diätdiäten. In Apotheken und Drogerien. Stets vorrätig in:  
Badenia-Drogerie R. Chemnitz - Drogerie Schimpf, Inh. W. Lehmann

**Sommerfahrplan der Albtalbahn**  
gültig ab 18. Mai 1952  
nebst Anzeigenteil der Gaststätten und Albtalkarte, 3-farbig mit Wanderungen zusammen DM 0.30  
Zu haben an sämtlichen Schaltern der Albtalbahn, in allen Buchhandlungen und in der Ettliger Zeitung

**Heute Schlachttag**  
im  
Gasthaus z. Hirsch  
Wurstverkauf über die Straße

**VERSCHIEDENES**  
**Größeres Grundstück**  
oder Obstgarten in Ettligen oder Nähe zu pachten ges. Angeb. unter 1943 an die EZ.

**ZUMIETEN GESUCHT**  
Jg. Ingenieur sucht möbliertes Zimmer in Ettligen oder Umgebung, möglichst mit Garage. Angeb. unter 1942 an die EZ.